

Woch, den 16. September 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 216



für Gefleien

wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Preis: Die „Vollswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und kostet durch die Haupt-Expedition: Fürstraße 4/6, durch die Auslieferung der „Vollswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle des Geschäftes Matthiasstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsgeschäfte Reichs und auswärtig monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus auswärts monatlich 2.00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Bilddatei für gleichzeitige Anzeigen aus Schiefer 20 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tegernsee 20 Pf. Stellenangebote 19 Pf. Familienanzeigen, Stellengejude, Vereins- Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Ausgabe müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Briefkästen abgeschickt werden.

Abstimmungen auf dem Parteitag.

Die Anträge des Parteivorstandes angenommen, die der Opposition abgelehnt.

Nach Verlesung eines Begrüßungstelegrammes der ausländischen Delegation der russischen Sozialrevolutionäre wird in die allgemeine Debatte über die Geldwirtschaft eingetaucht.

Boguswitz-Frankfurt vertritt zunächst einige Anträge aus Frankfurt, die die Wahl der Delegierten zur Internationale durch Urwahl in jedem Bezirk und die Zugehörigkeit jedes sozialdemokratischen Beamten zu einer freien Gewerkschaft fordern.

Fleißner-Dresden: Wir stehen vor der außerordentlich wichtigen Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei 100 000 Mitglieder eingehübt hat. Es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Wir sind der Überzeugung, daß der Gedanke der großen Volksgemeinschaft weite Kreise der Arbeiter sehr bedenklich gemacht hat und daß energisch mit dieser Illusion aufgeräumt werden muß. Warum verbreitet der „Presse-dienst“ den Irrtum, daß Birth gesiegt hat? Er will doch damit nur die Illusion erwecken, als ob das Zentrum mit seiner Politik uns näher kommt. Aber tatsächlich hat das Zentrum nicht nur die Zoll- und Steuerpolitik gemacht, sondern fügt auch in der Sozialpolitik durchaus reaktionär gezeigt. Wir brauchen Massen, wenn wir Macht erringen wollen, und wir brauchen Macht, wenn wir unser Ziel erreichen wollen gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft. (Beifall.)

Künstler-Berlin: Die Parteiverhältnisse in Berlin waren schlecht. Aber dank der eifrigeren Mitarbeit aller Genossen sind wir wieder auf dem besten Wege, die alte Position zurückzuerobern. Das haben die letzten Wahlen gezeigt. Im übrigen hat Sachsen seine Lokalpresse. Und wenn sie uns Berlinern mehr Einfluss auf das Zentralorgan geben würden, werden wir sehr dankbar sein. Die Wunden, die die Inflation den Arbeitern geschlagen hat, heilen aus. Die politischen Inflationsgewinner Bölkische und Kommunisten, sinken immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herab. Im Gegensatz zum Parteivorstand bedauern wir noch heute, daß im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl die Sozialdemokratie vor Zentrum und Demokraten kapitulierte hat. Wir hätten dem Zentrum und den Demokraten die Verantwortung zuschieben müssen, ob sie Braun wählen wollen oder nicht. Das Zentrum kann bei seiner Einschaltung gar keine republikanische Partei sein. Redner bittet, die Entscheidung über die Annahme von Aufsichtsratsposten nicht den Fraktionen zu überlassen, sondern dem zuständigen Bezirksverband und dem

Paegele-Frankfurt a. M. befürwortet einen Antrag auf Errichtung eines Sekretariats für Agrarpolitik, Herausgabe einer periodischen Zeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft und einer Agrarcorrespondenz für die Tagespresse. Unser Leitmotiv in der praktischen Politik war immer der Schutz der Kleinen in der Landwirtschaft, Schutz der bäuerlichen Wirtschaft und Förderung der Siedlungstätigkeit. (Bravo!)

Adolph Hoffmann, mit Beifall empfangen: Die Arbeit in Berlin ist besonders schwierig, weil Berlin immer neue unangeflaute Massen aufnimmt und aufgeflaute abstoßt. Es hat keinen Zweck, Vergangenes aufzutischen, sondern es kommt darauf an, die Zukunft im Auge zu behalten und insbesondere unsere Stellung zu den Bürgertümern. Wir stehen am Wendepunkt unserer Politik, das hat auch Weiß in seiner Rede bei der Vergleichsrede des Zollgesetzes ausgesprochen. Das Zentrum ist zweifellos im Hinblick auf das kommende Reichsverfassungsgesetz jetzt mit den Bürgertümern, statt mit den Sozialdemokraten in die Regierung gegangen. (Sehr wahr!) Wenn es uns nicht gelingt, die Lehrer und die junge Generation für uns zu gewinnen, werden wir diese Errungenheiten nicht halten können. Handeln wir nach dem berühmten Wort: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“

Räthaus Frankfurt a. M. Der Antrag 203 gegen den Partei-
vorstand war keine Stürze, sondern ein Abschaffungsantrag, der
Ausdruck der Sorge, dass in dem großen Parteikreis die Täu-
fesfeier verloren gehen könnte. Wir meinten vor nicht die Ge-
genstände des Parteivorstandes, wir meinen nicht diesen Kongress,
sondern jeden Parteivorstand. Wie funktionieren überall in der Partei die
Abschaffungseinheitsversammlungen des Konservativen. Auch in den Städten über-

des Alters empfunden. Die Jungsozialisten müssen gewiß noch viel Wohl vergüten, ehe der gute Wein kommt. Über sie haben schon heute drei große historische Verdienste: sie haben den problematisch gewordnen Menschen wieder geschaffen, dessen Sinn und Geist ganz erfüllt ist vom Umdenken der sozialistischen Gedanken und ist bereit, die Sache weiter zu tragen.

und im Bereich der Gatten nicht, denen nicht die Probleme bis über die Ohren gelgen. Sie aber haben die ökonomischen Probleme des Sozialismus klar herausgearbeitet und sie haben ein Stück Sozialismus in die praktische Lebenswirklichkeit übergelegt, was wir Alten nicht geleistet haben. Wir haben alle in uns noch zu viel vom verdrehten und verlebten Bürgertum. (Bravo!) Opposition und Jugend haben seine historisch wichtige Funktion in jedem Parteivorörer.

Scheidemann-Cassel (mit Beifall empfangen): Klagen erscheinen mir berechtigt, soweit sie erhoben werden gegen die Zustände in der Republik, unberechtigt gegenüber dem Parteivorstand. Die Frankfurter Anträge — nur dies eine Wort dazu: — machen den alten Genossen wenig Ehre und die jungen schredt man damit ab. (Sehr wahr!) Für die Gewinnung weiterer Massen ist das der verfehlteste Weg. Will man Aussprüchen haben, so muß man erst wissen, was ist, muß sehen und erlebt haben. (Sehr gut!) Wie sieht es nun in der Republik aus? Die Zustände in der Reichswehr werden von Tag zu Tag unerträglicher. In Häusern, in denen Reichswehr liegt, dürfen Privatpersonen nicht einmal am Verleistungstage die schwarz-rot-goldene Fahne hissen. Für die Schulen war es schon eine freudige Überraschung, als der Preußische Landtag mit Hilfe des Zentrums den Beschluß annahm, daß die Schüler am Verleistungstage eine schwarz-rot-goldene Schleife tragen durften. Für die Rechtsppflege braucht man weder Auge noch Ohr, nur die Nase. Sie sinkt zum Himmel. Die Ebert-Prozesse, die Rennbootunternehmen auf dem Wannsee und die Flugzeug-Attacken in der Barmen-Wupper waren beispiellos in der ganzen Welt. Die Art, wie man Höfle zu Tode geheizt, läßt die offene Brutalität der Erzberger und Rotherräumördter beinahe milde erscheinen. Selbst vor den Toten macht die Gemeinheit nicht halt. Man hat in einer Versammlungsrede erklärt, Ebert sei gar nicht gestorben, sondern wegen der bevorstehenden Verhaftung auf Grund des Vorratsverrats und Lebensmittelverschiebungen in die Schweiz geflüchtet (Purpur und Bewegung.) Der Parteivorstand sollte alle diese gleich gemeinen und niederträchtigen Verleumdungen totier und lebender Parteigenossen sammeln, damit man jeden Tag der Verleumden mit ihren Niederträchtigkeiten aufs Maul schlagen kann. (Sehr gut!) Je größer der Haß und die Niederträchtigkeit gegen unsere führenden Parteiangehörigen ist, um so größere Sache sollten die ehemaligen Partei-

genoßen wir, um so größere Liebe sollten die eigenen Partei-
genossen ihren entgegenbringen. Die Politik des Zeitalters in
dieser Zeit haben wir alle bekämpft und besiegt. Aber ist nicht
Wirth ausgereten, weil er die Verantwortung nicht tragen
wollte, ist nicht der Reichspräsident Dr. Spiegel offen und
ehrlich für Klarheit und Fortschritt eingetreten? (Die Redezeit
ist abgelaufen.) Der übernächste Redner Bronemann verzichtete
augunsten Scheidemanns aufs Wort. Beifall.) Wir führen
den Klassenkampf heute in neuen Formen, aber
nach meiner Überzeugung kräftiger als je. Schwäbchen
mäßig können wir die alten Agitationsformen nicht anwenden.
Es ist die Alternative gestellt worden: Demokratische Staats-
politik oder sozialdemokratische Arbeitspolitik. Stünde die
Demokratie ganz fest, so wäre der erste Weg der schnellere und
würde ohne große Erhütterungen zum Ziele führen. Dieser
Taktik würde bedeuten: Teilnahme an der Regierung auf Grund
eines Minimalprogramms. Das grundförmlich abgelehnen wäre
ein Rückfall in überwundene Zeiten. Wir preisen ja nur die
Genossen, die tot sind (Heiterkeit), also halten wir uns an das
Wort des alten Liebfreund, daß man die Taktik im gegebenen
Falle in 24 Stunden 24 mal ändern muß. Sind wir aber nicht
in der Regierung, dann müssen wir unsere Forderungen rücksichts-
los verfehlten. Eine gedämpfte Opposition würde den Einfluß
der Partei und das Vertrauen der Arbeiterschichten mindern und
niemals war läufige Opposition nötiger als jetzt. Die Re-
gierung ist absolut reaktionär eingestellt. Die Herrlichkeit und
Rugger des Großkapitals ist unbestreitbar. Der Kommunismus
geht wie eine Sündhaftigkeit vorüber. Unsere Leidenschaft ist
gut. Unter Wahlrecht ist gut und der Parteivorstand ist keine
Schuldigkeit. Worunter wir leiden, das ist der Universalzustand der
Städte. Sind nicht Millionen Kleinrentner auf den Auf-
wertungsschwund hereingefallen? Wir müssen weiter Vertrauen
gewinnen und nicht mit der einen Hand zertitzen, was die
andere andere lassen mit die Meßlageret und bestimmen wir
uns auf uns selber. Kommt's an die Arbeit! (Stürmischer

Heimann-Weltz: Dem Bild, das Scheidemann entwarf, will ich nur einen Zug hinzufügen. In der Strafanstalt Lichtenburg verbrügt der berühmte Scheidemann-Aktien-plex unterteilt seine Zuchthausstrafe. Der Direktor dieser Strafanstalt, ein Herr Nikolai, auf ihn dephin gesessen, er lebt zu Hause keinen Vergnügung; der einzige Luxus, den er sich erlaubt, ist eine kleine Pfeife, die ihm nicht gelungen sei, Scheidemann zu töten (Mord). Nachdem der Anklagegeistige diese Auskunft in einem Disziplinarprozeß bestätigt hatte, ist bereits ein Jahr vergangen, da er

man gegen diesen Strafanzahldirektor eingeschritten ist. (Lebhafteste Hör! Hör!) Bei der Kritik der Taktik der Partei im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl ist übersiehen worden, daß das Zentrum Zug um Zug mit unserem Eintritt für Marx in Preußen für Braun eintrat. Gewiß ist das Zusammengehen mit dem Zentrum in Preußen keine reine Freude; aber trotzdem denkt auch Künstler nicht daran, die Positionen Brauns und Severings aufzugeben. (Sehr gut!) Die ländlichen Genossen haben ganz übersiehen, daß noch niemals in Deutschland ein schamloserer Justizmißbrauch vorgekommen ist, als der Ebert-Prozeß nad die Affäre Barmat-Höfle, daß das Material in diesen Fällen in einer Weise gesammelt und aufgemacht war, die alle Vorbilder des Reichslügnerverbandes bei weitem übertrafen. (Sehr recht!) Stehen Genossen im Kreis zuerst vorwer Verleumdungen, dann müßt ihr Solidarität üben, heißt sagen: Was den Genossen vorgeworfen wird, müssen die Prüfungsausschüsse der Partei untersuchen; aber solange den Parteigenossen nichts Ehrenhaftiges nachgewiesen ist, stehen wir uns schützend vor sie. So haben wir seinerzeit, als der Genosse Koch in Thüringen gegenständ gemeiner Verleumdungen war, in der Parteipresse die Pflicht der Solidarität erkannt und gehalten. Ihr, Ge-
nossen, möchtet sie noch lernen! — Wir ehren und achten die lächelnden Herzen der Jugend, die um das Problem des Sozialismus und der sozialistischen Lebensgestaltung ringen; aber wir verachten die Kritiker aus festem Entschluß zur Opposition, wir verachten die schmückigen Demagogen. (Lebhaftester Beifall.)

Niedmüller-Söhn: Der Stand der Parteiorganisation befriedigt nicht, aber wir müssen dabei die Nachwirkungen der Inflation und der Besetzung großer Gebiete berücksichtigen. Ich behaupte, daß unsere Partei innerlich viel kräftiger dasteht als vor dem Kriege. Wir wären sonst gar nicht in der Lage gewesen, die vielen Überzähler der letzten Jahre zu bestehen. Wir müssen die Massen dranßen aufstellen, doch die Partei heute eine ganz andere sein muß als früher, daß sie ganz andere Aufgaben hat, nicht nur infolge der Revolution, sondern überhaupt infolge der verschwundenen Stärke der Arbeiterpartei. Wir müssen verhindern, daß man in der Republik noch gegen die Sozialdemokratie reagieren kann. Dazu brauchen wir die Koalitionspolitik wie in Preußen und Berlin. Die Werbetätigkeit sollte wir durch Besetzung des Eintrittsgeldes erleichtern.

Thurn-Verlin befürwortet einen Antrag Berlin, wonach er Parteidienst und bei der Aufstellung der Reichs- und Landeslisten gegen den Willen der Bezirksorganisationen eine Entscheidung treffen darf. Ein weiterer Antrag verlangt zeitige Veröffentlichung dieser Listen, so daß die Bezirksorganisationen noch Gelegenheit zum Einpruch haben.

Walter Schindelburg tritt für einen Antrag ein, der Sozialversicherungen mit Ausnahme der Betriebsräte jedes privaten Wirtens und Werkstätten und Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmungen verbieten will. Auch die geldhungrige Preßeregie vermag die Zeiche nicht zu beweisen, daß sie illegalen und anderen sehr schlecht dastehen. Wie war es überhaupt möglich, daß der Führer der preußischen Landesregierung nach soviel Zeit übrig blieb, um Friedensfahrt für Zukunft in einem Dutzend Aufsichtsstellen zu führen?

Eine Siegessäule: „Die Genossin“ ist ein gutes, wenn auch noch ausbaufähiges Informationsorgan für Genossinnen und auch „Die Frauenwelt“ dienen wir darüber auf. Sie dient insbesondere als Anfeuerungsblatt zur Verstärkung der überzeugten Wahlkämpfer. (Weiterheit.) Zur Übrigsten ist sie sehr für indifferentie Frauen bestimmt, aber nicht ausreichend für aufgellerte Genossinnen. Was wir brauchen, ist ein allgemeines Aufklärungs- und Erziehungsorgan für sozialistische Frauen. — Die Rednerin tritt weiter dafür ein, daß die Frauen eine größere Vertretung im Partei- und Staat erhalten. (Lebhafte Beifall.)

Müller-Leipzig: Wir wollen die Partei sauber halten und allen den Maßen Reue-Verlust geben, wenn wir vom Partei-
verbot profitieren. Wir haben momentan auf dem Standpunkt,
dass ein Sozialdemokrat keinen Tropfstaigeboten in kapitalisti-
schen Betrieben hoffen darf. Über Geschle Heimann schreibt
sie noch drei Barmer-Gesellschaften an. (Hört! Hört!) Goll
auf dem Verbot der Tropfstaig eine Ausnahme gemacht werden,
zu verlangen wir. Für die Fraktionen das ausdrücklich be-
lieben.

Frau Schreiberhauer-Berlin: Unter einer Art Ausniedrigung leben mit Frauen immer noch. Bei seinem Raum wird man gefragt, wie seine Familie zur politischen Zukunft steht. Er bei der Frau fragt nach demselben. Der nötige Aufschwung in Berufsausbildung der Frau als Beamte, die Einführung billiger Verhältnisse der Beamten, bricht den Kampf der Geschlechter um die Arbeitsstelle herauszuholen, bei dem die Frau als Konkurrenz des Mannes ihre Arbeitskraft billiger fasst. Dienen Geschichten müssen wir entgegenstellen. Im Februar der Kärtnerbergegnung zwischen uns und die Trossen in der Partei gekämpft werden. Dadurch werden viele Frauen verunsichert, der geringe Gehaltsverdienst wird noch mehr belastet.

Kreis-Bremen: Unter den Städten des Kreisvorstandes ist eine Bäderstadt. Das Alter von 20 bis 35 Jahren ist der Sparte zufolge ab 30 jährig gegangen; es haben eine ganz andere Altersgruppenverteilung als in der Friedzeit. Das ist vermutlich auf die allgemeine Zulassung der Partei und auf das Begegen bei Werbemittlern bei der

Der Spieler.

ganz über davon. So ein Dummkopf! Bei diesen Werten
die hier die Tante Jenny auf der anderen Seite.
Dort, zur Linken, an der oberen Hälfte des Bildes, saß
der Spieler eine junge Dame, neben der ein junger Mann,
Unteroffizier oder so. Der jüngere Junge war, nach
ob es ein Unterkleid von ihr war, aber ob sie ihn nur
um Aufsehen zu erregen, mitnahm. Diese Dame hatte
früher bewirkt; sie erhoben ein Geschäft möglich nur ein Uhr-
ags und ging natürlich um zwei; sie sprach möglich eine
Zeit lang. Sie war höchst allgemein bekannt, und es wurde
bei ihrem Empfang sofort ein Stuhl hinzugesetzt. Sie zog
seine Goldstücke auch ein paar Taler aus und gab sie dem
jungen Mann, und begann zu lächeln, und schaute von einem
anderen Platz herüber und schaute sie mit Zärtlichkeit die
vergessenen waren, und ließ die häusliche Ordnung
davon in ihrer Hand. Und schaute sie wieder zurück, und schaute
entzückt hinzu, nicht recht, und ging leicht zu die ge-
neben hatte, sofort weg. Die Leute beschwerten sie längere Zeit.
Wo, die da wird nicht zufrieden! Sie wird nicht zufrieden!
Was ist das für eine? Was ist die? Wer ist sie?
Es ist eine schwere, unheimliche, leise Stimme, die

„Es ist eine Wunderjahr, und vielleicht ist es eine Wirkung, die man erkennt bei Regel am Flügel. Sie hat eigentlich keinen. Sie ist entzückend, wenn jetzt Hochzeit der Augen ist, und sie kann leben muss.“

„Sie zieht der Familie nach Möglichkeit ausseiner, was es noch politischen Nutzen des Sohnes für eine Heiratstrategie hat. Ich kann Ihnen gleich mitteilen, keine einzige von den anderen Nachbarfamilien kann damit das Gleiche. Die Familie verfügt über nichts, was mich so leicht davon abbringen könnte, mir gegenüber zu einem solchen Gesteck zu danken. Ihre Schwester Familie ist die ältere Schwester einer alten Freunde, die in dieses Jahr eben einen jungen

Jugend. Ein Beitrag aus Bremen mißbilligt die Art der Vorbereitung der Präsidentenwahl. Obwohl wir wissen, daß namentlich auch Ebert den republikanischen Gemeinfondsboten empfohlen hat und daß eine knappe Mehrheit des Parteiausschusses ihn schon für den ersten Wahlgang wählte, halten wir daran fest, daß dieses Vorgehen falsch war. Ein sozialdemokratischer Kandidat im zweiten Wahlgange hätte die Kommunistische Partei zur Beobachtungslosigkeit befähigt. Wenn wir 10 Millionen sozialdemokratische Wähler haben, ist die Republik besser gestellt als durch alle Berabredungen. Wir verlangen mehr Parteidemokratie und Ronsolidierung der sozialdemokratischen Arbeitersbewegung.

Wilmers-Offenbach: Wir wünschen, daß die besondere Beitragsmehrte für die Internationale fällt. Den Beitrag für die Internationale kann die Zentralstelle tragen. Statt dessen möchten wir einen besonderen Kulturbeitrag zur großzügigen Führung der Bildungsarbeit. Gegenüber Adolph Hoffmann nur eins: Wir haben in Hessen seit 1918 die Kleine Koalition mit dem Zentrum, und unsere Erfahrungen damit zwingen uns, auch im Reich eine Politik zu wünschen, die das Zentrum nicht weiter nach rechts drängt. In Hessen haben wir, trotz der Koalition mit dem Zentrum, das beste Volksschulgesetz und das beste Lehrerbildungsgesetz im Reiche. Man kann also die Sache nicht nach einem Berliner Schema beurteilen. (Beifall.)

In der Fortsetzung der Debatte über den Vorstandsbereich
hält zunächst das Wort

Hermann Müller (Parteivorstand):

Strohwitz verwies auf Anträge, die verlangen, daß sozialdemokratische Beamte einer freien Gewerkschaft beitreten müssen. Ich wird niemand im Verdauß haben, daß ich etwas gegen den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund hätte, aber Tatsache ist, daß viele Kommunal- und Reichsbeamte heute noch in anderen Verbänden sind, und wir sollten hier eine gewisse Toleranz walten und sollten nicht Schranken aufrichten, die in sehr vielen Parteiorganisationen zu dauernden Streitigkeiten führen könnten. (Sehr wahr!) Ein Antrag Lipinski will das Organisationsamt dadurch ändern, daß in Fällen, wo ein Ausschlußverfahren gegen Mitglieder eingeleitet ist, die sich in ihren Handlungen Einwirkungen des Parteivorstandes stützen, der Vorstand des Zweckgerichtes nicht vom Parteivorstand, sondern von der Kontrollkommission nantzt wird. Darin sehe ich ein indirektes Votum auf uns! gegen den Parteivorstand, und ich möchte den Vorstand, um den es sich handelt, auch gegen die Unterstellung wahren, daß er in einer Handlung des Parteivorstandes hauptgebend sein können für das Schiedsgericht, denn er zu präsentieren die Ehre gehabt hat. — Sei ein paar Worte an meine Freunde Frankfurter: Ich bin der Zeuge, der gegen Frankfurt eintreten würde. Ich lebte hier vor 33 Jahren in Frankfurt in sozialistische Bewegung gekommen. Als ich den Antrag sah, daß der Parteivorstand die Fühlung mit den Massen nicht habe, sagte ich mir mit Maruscha: das betrifft mich nicht weiter, und die anderen Kollegen im Parteivorstand waren ja der selben Auffassung. Von Leiteradikalismus Gefühlt über der Sozialpartei zeugen solche Anträge nicht. (Sehr wahr!) Erstaunlicherweise hat sich keiner der Frankfurter Bezieher materiallich den Inhalt dieses Antrages zu eigen gemacht. Wenn sie sagen, man könne die Anträge nicht abwürgen, so bestreite ich das: die Qualität führt zeigt ihm gerade darin, daß er der Wahrheit überall Siege zu verhelfen sucht. (Lobh. Zustimmung.) Es hätten wenigstens einige in Frankfurt da sein müssen, die sich einen solch unstranger und ungerechten Antrag wehtun. (Sie wären aber nicht delegiert worden! besserzeit) Gewiß ist die rote Fahne die Fahne der sozialistischen Partei und des internationalen Sozialismus. Das findet aber in der historischen Situation, in der wir zu kämpfen haben, nicht davon, auch für die borzrotgoldene Fahne einzutreten gegenüber den monarchistischen Reactionären. Wir brauchen gerade solch ein sozialistisches Bündnis, das allgemein anerkannt ist, weil keine von der Jugend so viele in die borzrotgoldene Bannerbewegung hineinwollen, die wir zu Sozialisten zu erzielen suchen. Also das ist kein Gegensatz, sondern durchaus zu vereinen.

Zur Barmataffäre habe ich mich schon in einem früheren
Jahr im Reichstag deutlich genug geängert, und die Fraktion
alles gelan, um Klarheit in der Sache zu schaffen. Wenn man
mehr so darstellt, als ob man mit einem Manne wie Barmat
Kapit seine Verbindung hätte unterhalten dürfen, so möchte
ich vor jedem Forum daran erinnern, daß, als zum ersten
Mal die Führer der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat
umzugehen, Branting, Troelstra und andere Führer der
Internationale in Barmats Hexe verfehlt haben, daß er in jener
Zeit, als die Internationale von Brüssel weg mußte, sich
Verteidigung gestellt hatte. Wenn von der weißen Röte
die Rede wird, so stelle ich fest, daß die Untersuchung aller in
dieser sommerschen Periode, die vernommen wurden, nicht er-
gibt, daß irgendwein Glied auf diese Personen fällt. Im
Jahre erinnere ich daran, daß selbst August Bebel sich
mal dagegen verteidigen mußte, in Be-
ziehungen zu einem im gegnerischen Lager
stehenden Kapitalisten gestanden zu haben,
an des Präsidenten des Reichstagessitzes vom Jahre 1876.

„Über was bedenkt Null? Dieser Crumpier da, der Frau-
ge, der aber sie von Ihnen, hat eben gerufen: Null! Und
wie hat er alles zusammengekarrt, was auf dem Tische war?
einen Haufen, alles hat er für sich genommen! Wie hängt
es Ihnen aus?“

Null, Großmutterchen, das ist der Kotteil für die Bank.
die Augel am Null steht, so gehören alle Einstüze auf dem
der Bank, eine weitere Beschämung. Allerdings hat man
die Möglichkeit des Griffspiels; aber dann zahlt im Falle
des Verlusts die Bank nichts.“

„Na, ja etwas! Ich hab ja bekomme gar nichts?“

„Nicht doch, Großmutterchen; Wenn Sie vorher auf Null
sagen und Null dann bereitgestellt, so wird Ihnen das
Geschenksgeschehen begönigt.“

„Was? Das Geschenksgeschehen? Und kommt das oft
vor? Werden jenen Sie denn nicht daran, die Dummkoppe?“

„So sind jedesmal etwas Chancen dagegen, Großmutterchen.“

„Na, was, Ihnen! Dummkopf, Totenkopf! Warte mal,
he leidet doch bei mir — du!“ Sie zog eine wohlgespülte
Kugel aus der Tasche und zeigte ihr einen Grifftischbor.
„Doch das gleim mal auf Null!“

Größmutterchen, Null ist eben herangekommen, also wird
es lange Zeit nicht herauskommen. Sie werden ettel ver-

Da handelte es sich auch um 20—25 Flaschen Wein,
Darlehen. Es wird wohl niemand in der Partei geben,
irgendwelche Vorwürfe gegen Bebel aufrechterhalten wollte,
in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen wird, es
das alte Vertrauen wiederhergestellt werden, das ^{in 1933} der
Parteivorstand genöß, so kann ich mich, der ich ^{in 1930} den
Parteivorstand seige, daran erinnern, daß auch früher ¹⁹³⁰ Teil
auch in Sachsen, von Rosa Luxemburg, Patzow und
eine Tätigkeit entfaltet wurde, die man nicht immer als
trauensvotum für Bebel, Singer, Kaut usw. bezeichnete.
(Sehr wahrl!) Und wir wissen auch, daß man gegen den
dem Nürnberger Parteitag wegen seines Eintretens
deutsch-englische Friedensresolution den Vorwurf der Sa-
cherhol; also es ist alles schon dagewesen, soweit wir
dass miterlebt haben, welche Dinge nicht so tragisch wie sie jüngeren Parteigenossen erscheinen müssen.

Fleischner behauptete, es würde von uns die Z
gemeinschaft propagiert. Wo ist das ja i
sozialdemokratischen Presse geschehen? i
gut!) Zur Volksgemeinschaft gehören doch auch die i
nationalen. Die richtige Volksgemeinschaft werden i
kommen, wenn wir nach dem Siege des Sozialismus die i
rechte Gesellschaft haben. In diesem Zusammenhang sei
des Parteivorsitzes bei der Reichspräsidentenwahl
Sache: Wir verraten heute kein Geheimnis, wenn wir sagen
nicht nur Ebert der Auffassung war, man sollte im ersten
Gange für einen republikanischen Sammelkandidaten e
sondern auch alle Parteigenossen, die zunächst Listenland
in Aussicht genommen haben, nicht nur Löbe, sondern
auch Otto Braun, der nur sehr gegen seinen eigenen
und nur unter der Bedingung, daß er lediglich für den
Wahlgang zu kandidieren brauchte, diese Kandidatur dann
genommen hat. Unter den damaligen Verhältnissen so
man mit Sicherheit annehmen, daß ein So
zialdemokrat nicht Reichspräsident werden
Die, die sich so gern auf den Klassenkampf berufen, will
zuerst begreifen. Zweitens dachte es sich darum, mögliche
zuverlässiger Republikaner und Demokraten an der Sp
sehen. Allerdings haben wir im ersten Wahlgang angenommen,
dass die Anhänger Hindenburgs selbst so tug sein würden,
Mann nicht auf diesen Posten zu stellen. Aber wenn wir darüber klar waren, dass ein Sozialdemokrat das Renten
maßen würde, was hätte es dann noch für einen
Zweck gehabt, für den zweiten Wahlgang
sozialdemokratische Kandidatur aufrecht zu
halten? Damit hätten wir den feindlichen Fehler gemacht,
den wir mit Reichen Kommunisten vorwurfen
(Sehr wahr!) Das tatsächliche Ergebnis hat gezeigt, dass
nur kein Sozialdemokrat unter den gegenwärtigen Verhältnissen
durchzubringen war, sondern auch ein Zentrumsmann nicht.
Dann uns doch aber nicht verlassen, für die nächsten Wahlen
für ein getrenntes Vorgehen aller Parteien einzutreten. Es
wird sich in Gegenteil darum handeln, die
Kräfte der Republikaner zu konzentrieren.
Eine Reichspräsidentenwahl ist eben etwas anderes als
Reichs- oder Landtagswahl. (Sehr richtig!) Was das bedeutet,
dass der Sozialisten bedeuten, haben wir auch in Frankreich
gesehen, wo dadurch die Wahl Poincarés ermöglicht
wurde. Es hätte jedenfalls nicht geschadet, wenn ein
Mann in jener Konfliktszeit an der Spitze der französischen
Republik gestanden hätte.

Adolph Hoffmann meinte, wir ständen an einem Punkt der Bewegung. Ich warne dringend vor solchen Punkten. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, daß die Reichsregierung auf dem zuletzt eingeschlagenen Wege noch eine Weile weitergehen müssen. Die deutsche Politik kann nach den vorennesten Kriegen leider nicht nach unseren Gesichtspunkten, auch nicht nach deutschnationalen Gesichtspunkten gemacht werden. Wir stehen zwangsläufig unter außenpolitischen Einflüssen, und es ist sehr wohl möglich, daß wir in der nächsten Zeit, ob wir wollen oder nicht, wieder arbeitslos werden müssen. Die Sozialdemokratische Partei kann sich unter so komplizierten Verhältnissen getrennen ihres großen Meisters nur an den Tatsachen orientieren und zu konkreten Fragen im Interesse der Arbeiter einstimmen. Das ist der beste Klassenkampf: Eintreten für die Arbeiterklasse, Durchdringung des Staates mit Sozialismus, seit das unter den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, Ausgestaltung der Demokratie im Staaate. Wer diesen Willen seiner stolzen Geschlossenheit trotz einzelner Gegenseiter kennt, weiß, daß wir in den letzten Jahren auf dem besten Wege gewesen sind. Bleiben wir auf ihm, dann werden wir ausreichen kommen. (Lobhafter Beifall.)

Sendewitz-Zwidan: Scheidemann hat ein Bild gemacht, es im Leben der Republik ausfiebt. Man kann es ergänzen durch eine Darstellung der wirtschaftlichen Arbeitersklasse. Die Lage der Arbeitersklasse in der jetzt-goldenen Republik ist durchaus nicht so, daß sie die Republik aus vollem Herzen Ja sagen könnten. (Beispiel: Widerspruch und Zutruje.) Es war ein Fehler, daß wir die Reichspräsidentenwahl ausgeschlagen haben, das Leben der Republik wäre bei einer Wahl Hindenburgs bedroht. Die Republik ist nicht durch irgendwelche Bündnisse, sondern durch die Stärke der Arbeiterbewegung. Wir sind alle von den einflussreichen Käfern befreit, und wir nehmen bei allen

„Komm es nie heraus! Allebei Iwanowitsch, sehe zwei
de mit einemmal! Du legst ja so wenig, daß, auch wenn
eßlich kommt, wir nichts Ordentliches einnehmen.“
„Großmutterchen!“
„Sehe, sehe! Es ist nicht dein Geld!“
Ich legte zwei Friedrichsdor. Die Kuckel flog lang im
um; endlich begann sie an den Zäcken zu springen. Die
me war ganz statt und prekcie meine Hand aufzummen.

„Null!“ rief der Croupier.
„Siehst du, siehst du?“ wandte sich die Tante schnell zu
strahlte über das ganze Gesicht und war selig. „Ja,
dir ja gesagt! Das hat mit Gott selbst eingegeben,
i Goldstücke zu legen! Ne, wieviel bekomme ich nun? We-
len sie mir denn das Geld nicht aus? Patapatisch, Wo
find die denn? Wo sind die Uskriegen alle gehilf-
tepatatisch, Patapatisch!“

„Kein Gott! Wir kommen zu spät! Er dreht gleich
e, sehe!“ rief die Tante eifrig. „Es trödle doch nicht, höre
geriet ganz außer sich und stieß mich aus Leibesträfen
„Worauf soll ich denn leken, Großmutterchen?“
„Auf Null, auf Null! Wieder auf Null! Seh' ja nicht
lich! Wieso haben wir im ganzen? Siebzig Friedens-
drachen wollen wir nicht hausefern; sehe immer zum
Friedensdrachen auf einmal!“

„Ach, überreden Sie doch, Großmutterchen! Null kommt
nicht bei jenseitigem Hanteln kein einziges Mal heraus!
Spreche Sie, Sie werden die ganze Sache wieder verlieren!
„Lottiges Gefücht! So lese noch! Kommerkrappe!“

versprechen auch bei uns in Anspruch, das Beste der Frau und der deutschen Arbeiterklasse zu wollen. (Beifall) Frau Bischöfle berichtet die Kurse für die Herausbildung von Funktionären. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben, den gleichen Charakter zu geben und sie für die Parteiarbeit zu erhalten. Aber die Leiter dieser Kurse dürfen nicht die Erziehung und gegenseitiges Vertrauen nicht außer acht lassen. Ein Schlussantrag, vor Anger-Brandenburg begründet wird mit großer Weisheit angenommen.

In seinem Schlussswort nimmt

Stellung

Die Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Die Anträge auf Auflösung eines Parteiausschusses bittet er dem Parteivorstand zu überweisen. Der nächste Parteitag soll die Anträge eingehend erörtern. Ebenfalls dem Parteivorstand überwiesen werden sollen die Anträge auf Wiederherstellung der Partekorrespondenz und auf Erfüllung der notigen Auflösung auch gegenüber Zentrum und anderen Parteien. Desgleichen verschiedene Anträge verhältnis Beichtung der Elternbeiratsmäthen, Schaffung sozialistischen Filmes, Herausgabe neuer Broschüren und Schaffung von Spartenmaterialien. Der Antrag auf Wiedereinführung Wiederurkunden soll dem Reichsausschuss für sozialistisches Bildungswesen überwiesen werden. Abzulehnen bitten des Redners die Anträge, die prinzipiell Bündnisse mit anderen Parteien und Eintritt in überparteiliche republikanische Organisationen verhindern wollen. Sollte wirklich das Reichsbanner aufgelöst werden? Man könne die Tatsache nicht durch Beschluss des Parteiausschusses feststellen. Man müsse in den gegebenen Situationen doch der Notwendigkeit handeln. Anzunehmen sei der Antrag gegen die weitere Erhöhung des Mietzinses. Frage der Aufsichtsratsposten bittet Stellung, nur Antrag von Parteausschuss und Parteivorstand anzunehmen. Selbstverständlich sei die Genehmigung auch notwendig für schon bestehende Aufsichtsratsposten. Auf der anderen Seite dürfe man vorgeben, daß die Gewerkschaften sehr vielfach Allianzen erledigen und dadurch manches erreichen und daß die Arbeiterbank ihres Wirtschaftslebens eindeutig will. Die Anträge auf Überführung von Eisenbahnen seien abzulehnen. In der Auffassungfrage müsse die Führung im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überlassen bleiben, die der Partei selbst mit voller Kraft unterstützen werde. Im übrigen sei der Antrag des Vorsitzenden der Kostenpunkt nicht vorgelesen und die Tatsache, daß ein erfolgloser Vollsitzung politisch sehr ungünstig wirken könnte. Den Antrag überwinden werden sollten die Anträge auf verschiedene Aktionen gegen die Abteilungsparagrafen. Der Antrag Bielefeld, daß die Parteigenossen im persönlichen Verkehr nicht mühten, soll abzulehnen werden, ebenso der Antrag einer überwischen bei wichtigen Abstimmungen würden bereits entgegengestellt. Der Antrag München wegen der Neberorganisation in Sportvereinen sei dem Parteivorstand zu überlassen. Einen Antrag, namentlich für die Beamten, in freien Gewerkschaften anzugeben, könne ich nicht beschließen. In mancher anderen Organisation der Beamten seien unbekannte Genossen der Bauartig und hätten dies bewiesen. Selbstverständlich müßten im Rahmen der Organisation Angriffe gegen die Partei abgewiesen werden. Weitere bittet Stellung abzugeben, ob es den Antrag über das Frankfurter Misstrauensvotum gegen Parteivorstand und den Antrag auf Missbilligung der Unterschrift von Parteigenossen zur Einladung für die Fahrtausende der Rheinlande. Der Antrag W. H. wegen Schaffung einer kommunalpolitischen Vereinigung bitte er dem Parteivorstand der kommunalpolitischen Zentralstelle zu überwinden.

Ich habe mich gewundert, daß gleich drei Parteigenossen aus Frankfurt austraten, um den Parteivorstand und Boden zu verdecken. Was wir wollten, darzulegen, doch mir uns bei allen Schritten von dem Geschehen der Partei leiten lassen. Ich frage die Frankfurter, ob auch ein solches Vorgehen war, wenn in Frankfurt Zettel stellt wurden, auf denen es steht: "Parteigenossen! Vergesst euer Wahlrecht auszulösen! Wählt Genossen, die eine soziale und zielbewußte Politik verfolgen. Das sind Dicke, Löb, Staatsbankpräsident a. D. und Wilhelm Dresel. Hörigen sind auf der Liste zu streichen." (Zuruf: Das ist von Partei abgelehnt worden!) Aber es wäre selbstverständlich Parteigenossen, die kameradschaftlich arbeiten, daß sie es absonderweise Zeitel überhaupt anzusezieren und zu verteilen. Es ist, als Sozialdemokraten gemeinsam arbeiten. Sorgen dafür, daß Ihr Zuschlag bei mir ein Beifall wird, der sich erhalten kann, wenn Sie zu wenig Zeit haben, sich mit Dingen abzulenzen.

Man hat gelagert, daß diese Republik sei nicht unser Ideal. Genuß noch keiner von uns hat diese Republik das lechte Ziel seiner Wünsche angesehen, al. aber als einen Grundstein für die soziale Republik, der Schenken und Hoffen gilt. Diesen Grundstein müssen wir bald mit Jähnen und Klauen verleibigen. Gegenüber Parteigenossen, die an einer kommunistischen Delegation nach Russland reisen und die in öffentlichen Versammlungen, die von kommunistischen Organisationen einberufen sind, über ihre Eindrücke Russland berichten, müßte das Organisationsstatut angewandt werden. Denn diese Leute arbeiten damit bewußt für die Interessen der Sozialdemokratie, feindlich gegenüberstehenden Partei. (Sehr wahr!) Im bitte Sie, nach dieser Ausprägung alles zusammenzustellen und gemeinsam in treuer Kameradschaft den Kampf gegen unsere Widersacher zu führen, den Kampf den Sieg der roten Fahne des Sozialismus. (Beifall)

Bartels (Parteivorstand)

Die Stellung des Parteivorstandes zu den Anträgen zur Parteiausstattung, Organisation und Kasse dar. Den Antrag, der wünscht, daß uns mehr mit den Zielen und der Arbeit der Jungpolitischen Bewegung befasst, bitten wir dem Vorstand zu überwinden. Ein weiterer Antrag will Aufnahme einer Altersgruppe. Wir haben nichts dagegen, wenn solche Statistiken in Betracht genommen werden. Den Antrag, der den Parteivorstand erfaßt, laufend zusammengestelltes Material für die Partieiausstattung herauszugeben, werden wir verlügen Rechnung zu legen und bitten, ihm dem Vorstand zu überweisen. Zur Abstimmung empfehlen wir den Antrag auf Herausgabe einer neuen politischen Zeitschrift sowie den Antrag auf Neuherausgabe einer neuen Zeit. Die Anträge über die Reichss- und Landesliste richten sich an eine falsche Adresse. Das war der Fehler des Parteausschusses gemeinsam mit dem Vorstand. Sie können solche Listen in der Regel erst im letzten Moment aufgestellt werden, wenn die Arbeiten in allen Bezirken fertig sind. Diese beiden Anträge waren also abzulehnen. Die

Anträge auf Auflösung eines Frauenteages zur Demonstration für die Interessen der weiblichen Frau empfehlen wir, dem Parteivorstand zu überweisen. Der Antrag, der wünscht, daß unser Organisationsstatut auf demokratischer Grundlage aufzubauen ist, ist gegenstandslos, weil das bereits der Fall ist. Abzulehnen bitten wir auch den Antrag, der den Unterbezirken eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit geben will. Die Unterbezirke sollen in den Hauptstädten Agitationstellen sein, während die finanziellen Geschäfte vom Bezirksvorstand erledigt werden. Zu der weiter beantragten Änderung des Organisationsstatuts, statt "Ortsverein" Ortsgruppe zu legen, liegt im Augenblick kein Antrag vor. Ebenso bitten wir die Anträge abzulehnen, die den Bezirks- und Unterbezirksräten die Möglichkeit parlamentarischer Vertretung ermöglichen wollen und auch den Antrag, wonach im Organisationsstatut festgelegt werden soll, daß in Zukunft die Aufstellung des Reichspräsidentenkandidaten nur auf einem Parteitag zu erfolgen hat. Das ist unter Umständen nicht durchführbar.

Eine Änderung der Höhe des Einsatzgeldes halten wir nicht für zwangsläufig notwendig. Dadür kann bei einer höheren Umgestaltung des Organisationsstatuts vielleicht geredet werden. Die Herabsetzung des Parteibeitrages auf die Hälfte im Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen würde zu unvorstellbaren Konsequenzen führen. Wer belohnte Rostände vorübergehend eine solche Maßnahme rechtfertigen, haben wir nichts dagegen. Abzulehnen bitten wir auch den Antrag, daß ein monatlicher Beitrag von den Bezirken festgelegt wird, und Anträge, die ähnlich wünschen, wie zum Beispiel die Gestaltung der Beiträge nach dem Entkommen. Den Antrag des Parteivorstandes im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Weitere fragt die Überprüfung der Parteigeschäfte nur rechtzeitig da, und im Wege denken wir nicht daran, da Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Prozent vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeit

Mittwoch, den 16. September 1925

Beilage zur Volkswacht

Mittwoch, den 16. September 1925

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Sowjet-Vorstand, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5632.



Montag, den 21. September, abends 8 Uhr, finden in sämtlichen Städten Abteilungsversammlungen statt. Jeder Genosse sollte halten sich hierfür bereit.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Ortsgruppe der Siedlung Freitrag, den 18. September, abends 8 Uhr, im 5. des Gewerkschaftshauses. 1. Der Ertrag der Beslauer Schule (Gen. Kästle). 2. Bericht über die Tagung.

Abteilung Sandtor! Donnerstag, den 17. September, abends findet bei Hirschberg, Matzstraße Nr. 175, eine wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre der Abteilung statt. Die Anordnung ist außerordentlich wichtig und muss daher jeder sofort bestimmt und vorsichtig erscheinen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. September.

Verkauf von städtischem Gelände.

In immer steigendem Maße hat sich in der modernen Städtepolitik der von der Sozialdemokratie von Anfang an betriebene Grundsatzen durchgesetzt, dass die Gemeinden eine eigene Städtepolitik für die Betreuung der Wohnungsneubauten, der Durchführung einer planmäßigen Bebauung, der Innenausbau beim Bebauungsplan die zukünftige Entwicklung der Städte vorgezeichneten Richtungen, sondern auch für die bewusste Förderung der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung geben die Städte dazu Siedlungs- und Industriegelände planmäßig anzutreten. Der Verkauf nach bestimmten Grundsatzen zur Unterstützung allgemeiner Bebauungspläne zu regeln, zu welchem Zweck Breslau zum Beispiel das Gut Bohlmann erworben hat. Deutscher Städtetag hat an circa 50 Städten mit über 10 Einwohnern und 11 Städten mit weniger Einwohnern eine Urkunde erlassen, um festzustellen, in welchem Umfang, welchen Grundstücken und unter welchen Bedingungen die Städte für Neubauzwecke hergeben. Die Antworten ergeben, dass in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 die Städte in größerem Umfang tatsächlich nur Preise des Verkaufs vergeben worden sind. Eine Einrichtung Reichs-Heimstätten und langfristigen Verpachtungen hat nur selten stattgefunden. Des Rentengutsverfahrens ist bei den Umfrage erfassten Städten in keinem Falle durchgeführt. Gesamt sind von den 36 Städten mit rund 8 Millionen Einwohnern, von denen Zahlungen gemacht worden sind, in der vom 1. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 2 220 919 Quadratmeter Land veräußert worden. Davor entfallen auf:

vom 1. 10. 23 vom 1. 4. 24 insgesamt in
bis 31. 3. 24 bis 31. 3. 25 Proz.
bis 31. 3. 25

einjährige Bau-
genossenschaften . . . 104 883 533 197 638 080 28,78
Staat und
öffentliche
Unter-
nehmen . . . 244 667,6 400 392,9 645 060,5 29,05

2 220 918,9 100,00
Bei der Bemessung des Preises gehen die Städte allgemein dem Marktwert aus. Gegenwart nimmt den Einstandspreis mit einem angemessenen Zuschlag. Breslau, Chemnitz, Elberfeld und Halle haben nur mitgeteilt, dass der Preis von Fall zu Fall festgelegt wird. In Erfurt werden die Friedenspreise genommen, in Kiel und Lübeck Teilsätze des Friedensmarktes, in Kiel ein Drittel bis ein Viertel. In Karlsruhe bei Verzahlungen nur 80 Prozent des Marktwertes bezahlt.

Kassel und Stettin weisen noch besonders darauf hin, dass der Bemessung des Marktwertes die Belastung durch das Verkaufsergebnis berücksichtigt wird.

Der Marktwert dürfte indessen in den meisten Städten tatsächlich nur vereinzelt zur Erhebung gelangen. Zur Förderung der Bevölkerung werden in weiterem Umfange den gebräuchlichen Baugenossenschaften und auch privaten Bauhandlungen für Ein- oder Mehrfamilienhäusern Ermäßigungen gegeben. Den Einstandspreis nehmen in diesen Fällen Gelsenkirchen, Magdeburg und Münster (Buchwert: Allenstein und Saarbrücken). Altona berechnet die Selbstkosten zugänglich. Elberfeld gibt das Gelände so billig ab, wie es möglich ist. Auch Königsberg und Lübeck bemühen die Preise nach der Bauweise. Überzeugungen berichten ferner Augsburg, Duisburg, Halle und Bremen.

Volle Auszahlung des Kaufpreises wird nur vereinzelt eingehalten. Zum mindesten wird ein Teil des Betrages bis zur Abnahme aufgezehrt, die dann bis zur Abnahme aufgezehrt. Erfurt verlangt in diesen Fällen für die Hälfte des Kaufpreises 6 Prozent Zinsen.

Bei längerer Stundung werden vielfach Zinsermäßigungen gegeben. So nimmt Karlsruhe nur 5 Prozent Zinsen bei einer Verzinsung von einem Schtel des Kaufpreises. Kiel ermäßigt im ersten beiden Jahren auf 5 Prozent, dann hat die Verzinsung wie bei erzielbaren Sparstellen-Hypotheken stattzufinden. Aachen, Magdeburg und Mannheim gehen bis auf 10 Prozent herab, wobei Aachen 6 Jahre und Mannheim 10 Jahre bezahlt. Um nimmt bei gemeinnützigen Baugesellschaften 10 Prozent, sonst 1 Prozent über den Reichsbankzinsen. In Elberfeld ist das Reichsbankgeld mit 1 Prozent unter dem Reichsbankzins zu verzinsen. Elberfeld verlangt den Sparstellen- und Düsseldorf eine Vergleichung gleich der erzielbaren Sparstellen-Hypothek. Münster nimmt bei erzielbaren Sparstellen-Hypotheken 10 Prozent, sonst 1 Prozent über den Reichsbankzinsen. Überhausen gewährt bei erzielbaren Sparstellen-Hypotheken. Überhausen gewährt bei erzielbaren Sparstellen-Hypotheken. Breslau ermäßigt die Mieten unerheblich die jeweiligen Vermietungen so, dass die Mieten unerheblich die jeweiligen Vermietungen für gleichwertige Wohnungen überzeugen. In anderen Fällen gewähren auch Elberfeld und Gelsenkirchen Ermäßigungen. Allenstein hat zum Teil von einer Verzinsung.

Mit Ausnahme von Buer, Kreisfeld und München-Gladbach von sämtlichen Städten zur Verhinderung künftiger Bodenflation und zur Sicherung der baldigen Bedeutung des Gesetzes des Wiederaufbaus vorzuhalten. Über die Sicherung des Wiederaufbaus berichten außerdem Augsburg, Düsseldorf, Kiel, Hamm und Stettin. Vertragsschäden sind vorgelebt in Kiel 25 Prozent des Kaufpreises, Chemnitz 10 Prozent und Saarbrücken 20 Prozent. Eine Aufhebung des Vertrags bei Nichtfüllung der übernommenen Bauverpflichtungen ist in Altona, Bielefeld, Kassel, Erfurt, Karlsruhe, Leipzig und Münster vorgesehen.

Mit dem Vorbehalt des Wiederaufbaus sind allgemein gute Erfahrungen gemacht worden. In den meisten Städten war die Wirkung vorherrschend. Die Spekulation ist von nocheinmal ausgeschaltet worden. Auch wurde der Zweck, eine baldige Bebauung zu sichern, erreicht.

Zur praktischen Ausübung ist das Wiederaufbausrecht in Allenstein, Düsseldorf, Leipzig, Mannheim und Saarbrücken gekommen. Allenstein, Düsseldorf und Saarbrücken haben in mehreren Fällen Baustellen zurückgenommen. In Mannheim hat das Wiederaufbausrecht in zahlreichen Fällen Nachzahlungen auf den ursprünglichen Kaufpreis ermöglicht. Auch Leipzig hat durch das Genehmigungsrecht bei Weiterverkaufen finanzielle Vorteile erreicht. Die Sicherung des Verkaufsrechts neben dem Wiederaufbausrecht wird von Stettin insoweit für vorteilhaft gehalten, als es bei dem sinkenden Bodenwert einen Rücklauf der Grundstücke zum Marktpreise ermöglicht.

Gelände zu Reichs-Heimstättenrecht hat von den befragten Städten nur Münster vergeben (9446 Quadratmeter). Nach einer früheren Erhebung haben aber auch Görlitz, Kothen, Frankfurt a. O. und Cottbus Heimstätten eingerichtet. Langjährige Verpachtungen von Grundstücken haben in Aachen (9189 Quadratmeter) und Görlitz (2900 Quadratmeter) stattgefunden.

Die Preisentlastung und der Einzelhandel.

Am Dienstag Abend veranstaltete die Breslauer Einzelhändler im großen Saal der Börse eine Zusammenkunft, die sich gegen die Ansicht derjenigen Kreise richtet, die die Einzelhändler für die Teuerung verantwortlich machen wollen. In der gut besuchten Versammlung, zu der auch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Handelskammer, der Preisprüfungsstelle und des Arbeitgeberverbandes erschienen waren, hatte der Geschäftsführer des Verbandes deutlich darüber übernommen, ob der Einzelhandel allein die Preise abbauen könne. Der Redner ging in seinen Ausführungen zunächst des näheren auf den geplanten Preisabbau der Reichsregierung ein und führte aus, dass der Einzelhandel gar nicht instande sei, die Preise von selbst abzubauen, da ihm diese ja meistens von Kartellen und Syndikaten dictiert würden. Redner erinnerte an Fälle, wo Einzelhändler mit Entziehung der Ware bedroht wurden, falls sie die vom Kartell aufgestellten Preise nicht innehalten. Aber nicht nur Kartelle, sondern auch Zwangsimmissionen gehen gegen ihre Mitglieder vor, wenn diese nach ihrer Meinung zu niedrige Preise nehmen. Wenn auch die Industrie nicht durchgängig so handelt, so ist doch erwiesen, dass Kartelle unbedingt verteuern müssen und ihre Forderungen das Maß des Extraktiven erheblich übersteigen. Redner bedauerte, dass die Kartellgeister bis hier so lange gehandelt wurde. Der Einzelhändler, der ein erhebliches Interesse an der Verbraucherschaft hat, würde die Preise auf ein Mindestmaß beschränken und sich mit einem Verdienst begnügen, der seiner gerade noch seine Existenz ermöglicht. Die Reichsregierung müsse aber auch den Einzelhändlern insoweit entgegenkommen, als sie in einen Abbau der übermäßigen Steuerbelastung eintrete. Wie notwendig es ist, dass man den Kartellen die eigenständige Selbstregulation der Preise aus der Hand nimmt, konnte man an einigen Beispielen ersehen, die der Redner vorlegte, bei denen er zahlenmäßig nachwies, dass trotz Senkung des Rohstoffpreises eine Steigerung des Fertigfabrikats eingetreten war. Tatsächlich sehen wir ja auch trotz des guten Willens zum Preisabbau überall einen Preiszufluss. In den vertriebenen Branchen, wie in der Porzellan-, Glas-, Textilwarenbranchen u. a. m. sind in letzter Zeit Preiserhöhungen von 5 bis 10 Prozent zu verzeichnen. Wenn nun der Einzelhandel der Industrie und dem Erzeuger diese hohen Preise bezahlen muss, kann von ihm selbstverständlich nicht am 1. Oktober mit einem Preisabbau begonnen werden. Wenn die Wirtschaft gehunden soll, dürfen Kartelle und Syndikate die Preise nicht mehr differenzieren. Der freie Wettbewerb muss einzehen. Der gegenwärtigen Steuerpolitik muss ein Ende gemacht werden, dann will der Einzelhandel auch gern mitmachen, die Preise soviel wie möglich herabzudrücken.

In der Ausprache ging Stadtverordneter Genossen Zennochals des Näherten auf den Vortrag ein und gab seiner Freunde darüber Ausdruck, dass die liberale Persönlichkeit des Referenten hoffentlich dazu beigetragen habe, den Vorstand des Vereins Breslauer Detektivisten entsprechend zu beeinflussen. Redner wies darum hin, dass unsere Preise nicht nur für das Land, sondern auch für den Export viel zu teuer sind. Das sei vor allen Dingen auch darauf zurückzuführen, dass es unsere Industrie verhindert hat, sich mit modernen Maschinen auszustatten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Unter den gegebenen Verhältnissen ist kaum daran zu glauben, dass der Regierung der anstehende Preisabbau vom 1. Oktober ab gelingen wird. Wenn die Regierung den ersten Willen hat, die Preise zu senken, dann nur auf dem Wege, dass sämtliche Kartellen und Syndikate die Preisbildung verbieten wird. Einstimmig wurde folgende entsprechende Entschließung angenommen, die dem Reichswirtschaftsrat angestellt werden soll:

Junker und Biehhändler.

Der von der Reichsregierung angeregte "Preisabbau" hat die Erhebung gezeigt, dass niemand an den hohen Preisen schuld sein will. Die "Sächsische Zeitung" hat neulich zum Schutz der Agrarier beschworen, dass gewissermaßen Preisbereitwillen auf dem Fleischmarkt Unruhe ins Volk bringe. Herr Albert Ullmann, Vorsitzender des Provinzialverbandes der sächsischen Biehhändler sprach uns deshalb einen langen Artikel des Inhalts, dass alle Welt, nur nicht der Biehhändel, schuld an den hohen Fleischpreisen ist. Wir können uns den Abdruck schenken, denn bei Wahlen sorgt die ganze schwärze-weiße Rose dafür, dass die gemeinsame Ausbeutung des Volkes möglich bleibt. Da stehen sie an einem Strange und die Dummen ziehen mit. Wer lange dachte der schwärze-weiße Rose Wahnschwindel nicht mehr ziehen. Wer billige Preise haben will, muss für die Wiederherstellung der Zölle eintreten. Anders sind die Preise nicht herunter zu bringen.

Bom neuen Selbstanschlussamt "Stephan" in Breslau.

Sieben kleine unverbaute Säume werden, wie das Fernpreisamt "Stephan", das nach dem Selbstanschlussamt eingerichtet ist, Anfang November von Breslau übergeben werden.

In den Vorbereiungen des neu herausgebrachten amtlichen Fernpreisbuches sind bereits die besonderen Bestimmungen enthalten, die von den Fernpreisämtern im Verleih mit dem Selbstanschlussamt zu beachten sind.

Freiheit soll den Leihnehmern Gelegenheit gegeben werden, so bereits vor der Inbetriebnahme des Amtes "Stephan" mit der neuen Tarifordnung vertraut zu werden. In diesem Sinne hat die Oberpostdirektion Breslau im Gebäude des Namens "Stephan" eine besondere Übungshalle eingerichtet, in der Leihnehmer mit der neuen Tarifordnung vertraut zu werden.

hierzu dienen das Selbstanschlussamt und die Bedienung der Teilnehmer. Die Betriebsleitung vorzuführen kann. Den Teilnehmer. Große Verbindungen selbst bestehen zu lassen. Sammeln sollen die Verleiher die verschiedenen alten Schilder des Selbstanschlussamtes zu Gehör gebracht werden.

Die Vorführungen finden statt in der Zeit vom 15. September bis 16. Oktober, wochentags, 4-7 Uhr nachmittags, im Gebäude des Amtes "Stephan", Eingang Elsässer Straße 24, Breslau, Zimmer 77. Den Inhabern von Fernpreisabschlüssen, in ersten Linie den fünfzig Teilnehmern des Amtes "Stephan", wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, die entsprechenden Vorführungen zu besuchen.

Bom Schlesischen Verlehrerverbande.

Der Schlesische Verlehrerverband hält dieses Tage in Breslau unter Vorit mit Stadtrat Dr. Friede seine Hauptversammlung ab. Es waren dazu viele Vertreter aus ganz Schlesien von Städten, Autoren, Handelsstammern, Gewerbevereinen usw. erschienen. Der Geschäftsführer, Verlehrer, Habsburg hat durch die Inflation sein Vermögen fast völlig verloren. Es ist nun über gelungen, im laufenden Jahre sich wieder auf eine tragbare Grundlage zu stellen und er hat anfänglich mit geringen Mitteln seine Arbeiten kräftig durchgeführt. Allerdings ist die Wissensausstellung "Turnen, Sport und Wandern" in Breslau veranstaltet worden und es hat bei dieser Ausstellung eine eigene Teilausstellung "Das Schöne Schlesien" herausgebracht, die von Münze umfasst und die, nach einzelnen Gebieten und Gegenden getrennt, ganz Schlesien in Bild, Wort und Kunstmalerischen Erzeugnissen behandelt. Ferner hat der Verband im Herbstjahr zwei Werbeschriften herausgegeben; eine "Das Schöne Schlesien" und eine "Wirtschaft in Schlesien", welche ebenfalls mit ausgewählten Bildern und unterhaltsendem Text, die andere, "Wirtschaft in Schlesien", zeigt ebenfalls mit Bildern und Text auf die vielen Möglichkeiten des Wintersports und der Wintererholung in Schlesien verweist. Beide Schriften sind in ganz Deutschland und im Auslande verbreitet worden.

Auf Anregung des Verbandes sind auch die Vereinsschriften aufgenommen worden, zunächst durch eine Bereicherung des Gebietes der alten Stadt Friedland, der Eingangspforte zu dem Neelande von Breslau und Werdisdorf.

Die Propaganda für Schlesien ist durch unterhaltende Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen, wie durch Anzeigen mit beiliegenden Notizen gemacht worden. Ferner sind die Werbepostkarten über die einzelnen Gebiete Schlesiens fortgesetzt worden. Durch regelmäßige Veröffentlichungen der Schlesischen Wetter- und Sportberichte in schlesischen und vielen außer-schlesischen Zeitungen ist für die schlesischen Gebiete und ihre Kur- und Erholungsorte geworben worden.

Durch zahllose Eingaben an die Reichsbehörden, durch persönliche Verhandlungen in Breslau, Berlin, Görlitz, Beuthen und anderen Orten ist erreicht worden, dass die Eisenbahnen verbindungen des Schlesiens nach auswärts erheblich verbessert und dass auch im innerdeutschen Verkehr die Verbindungen vermehrt worden sind. Auch die Zahl der Sonntagszüge wurde weiter erhöht, jenseit der Sonn- und Sommer-Sonderzüge in reicherem Maße als bisher abgelaufen, und es wurden auf Anregung des Verbandes Sonnen-Sonderzüge aus den verschiedensten Teilen Deutschlands nach den schlesischen Gebieten geführt.

Durch weitere Eingaben an die Reichsbehörden, wie durch persönliche Verhandlungen in Breslau, Berlin, Görlitz, Beuthen und anderen Orten ist erreicht worden, dass die Eisenbahnen verbindungen des Schlesiens nach auswärts erheblich verbessert und dass auch im innerdeutschen Verkehr die Verbindungen vermehrt worden sind. Auch die Zahl der Sonn-

tagszüge wurde weiter erhöht, jenseit der Sonn- und Sommer-Sonderzüge aus den verschiedenen Teilen Deutschlands nach den schlesischen Gebieten geführt.

Der Verband gehört über 60 kleinere Städte, sämtliche größeren sächsischen Städte, sämtliche sächsischen Handelsstammern, viele Wirtschaftsverbände und Verlehrervereine, sowie eine große Zahl von Einzelmietgliedern an. Immerhin fehlt noch mancher Verlehrerinteressent und die Mittel müssen reichlicher stehlen, wenn Schlesien den Vorrang aufrechterhalten will, denn andere deutsche Provinzen und Länder erfordern größere Mittel in der Propaganda.

Die Mitglieds-Mindestbeiträge wurden wie bisher festgesetzt, nur wurden die Mindest-Mitgliedsbeiträge für Hotels, Gastronomiebetriebe, Pensionen auf 30 Mark bzw. 15 Mark für kleinere im Jahre erhöht.

Enteignung von Gemeindevermögen.

Die "Frankfurter Zeitung" macht in einem Artikel über den neuen Arbeitgerichtsgesetzfuß auf eine bisher einzige bestehende Bekämpfung in diesem Gesetzentwurf aufmerksam. Bisher haben bedeutend die Gemeinden und Gemeinderverbände diesen Zweck der Rechtsprechung als Auftragsangestellt, ohne sich die Rechtsprechung zu eigen zu machen. Der Gesetzentwurf will von vornherein die Gemeinden davon abhalten, dass sie sich die Rechtsprechung zu eigen machen, wenn sie noch anderen Zwecken dienen, die keinerlei Sonderinteressen dienen, haben unerträglich dem Land zu übertragen und Voraussetzung 2 Absatz 2 des Entwurfs besagt, dass die Gemeinden durch ihren gebildeten Gemeinderat, die am 1. Januar 1925 den genannten Zwecken dienen, eben nach Gerichtsentschließung den Ländern unentgeltlich ihr Eigentum zu übertragen sind. Sodann ist noch andere Zwecken dienen, so sind sie ihnen nicht Gerichtsentschließung zu stellen. Es handelt sich also bei dieser Gesetzesbestimmung um nichts anderes als um die Enteignung von Gemeindevermögen ohne Entschädigung. Die "Frankfurter Zeitung" macht mit Recht darauf aufmerksam, dass dieser Entwurf so eigenartig wirken muss, als in dem Entwurf von 1922 der gleiche Gedanke in der Form erörtert war, dass die Räume zw. gegen angemessene Entschädigung für Verleihung zu stehen seien und das bei Streit über diese Verpflichtungen das Reichsgericht bis zu dessen Errichtung das Reichsgerichtsgericht endgültig entscheiden soll. 1922 kam also in dem Gesetzesentwurf die Selbstverständlichkeit der Rechtsprechung vor dem Gemeindevermögen zum Ausdruck. Unter der Rechtsprechung tritt die Rechtsprechung zur Selbstverwaltung der Gemeindevermögen ein. Die gemeinsame Ausbeutung des Volkes möglich bleibt. Da stehen sie an einem Strange und die Dummen ziehen mit. Wer lange dachte der schwärze-weiße Rose Wahnschwindel nicht mehr ziehen. Wer billige Preise haben will, muss für die Wiederherstellung der Zölle eintreten. Anders sind die Preise nicht herunter zu bringen.

Allgemeine Naherungs- und Genußmittel-Ausstellung.

In den Ressorten hat jetzt der Ausbau für die "Name" begonnen, die vom 20. bis 27. September geöffnet sein wird. Über 300 Aussteller aus allen Gebieten der Naherholung und Genußmittel-Industrie und des Großhandels, darunter die führenden Firmen aus allen Zweigen dieser Industrie werden auf der Ausstellung vertreten sein und werden deren Beträger, Dienstleister, etc. einen Einblick in die neuen Erzeugnisse des Genußmittelhandels zu verschaffen. Zum großen Teil führende Hersteller ausgewählte Produkte werden dabei für die Ausstellung der Waren einen wissenden Gütekund zu geben. Neben der Gütekundheit aller Produkte des Genußmittelhandels, bei den Ausstellern sind über die Marktdeckung und die Kosten der Ausstellung der Waren informiert zu werden.

Der neue Gesetzentwurf über die Arbeitslosen-Berücksichtigung

ericht der englischen Gewerkschafter über Russland.

Bon Ernst Hamburger, M. d. Q.

(Sāñjaya.)

Nicht minder bedeutsam sind die Zahlen und Angaben des Berichtes über die praktische Politik der sozialistischen Regierung. Die Wiedergabe des Budgets von 1924, so unübersichtlich und summarisch sie ist und so leicht sie dadurch Verstümmelungen ermöglicht, zeigt wenigstens das eine, daß nach dem Einkommen und Ausgaben für das Transportwesen, das gegenwärtig aufzuhören, mehr als der dritte Teil für meine Verwaltungszwecke, mehr als der vierte Teil für meine Flotte verbraucht werden. Von dem restlichen Drittel für soziale Zwecke nur ein geringer Bruchteil verwandt. Den Einnahmen überwiegen die Zölle und indirekten Steuern, der Rest auf Zuder, Tabak, Tee, Bier und vergleichbaren direkten Steuern, die zum Teil, wie angegeben wird, auf den Gewinnen abgewälzt werden. Unter den Abgaben ist die Hafte eine Steuer auf städtische Gebäude und Wohnungen, zahlungswise zur Hälfte von den Arbeitern und Angestellten getragen wird. Im ganzen errechnet der Bericht, daß vom Bruttobetrag der steuerlichen Staatsentnahmen ein Drittel von Arbeitern und Angestellten, und die Hälfte von den Bauern, gezahlt wird, während das Verhältnis der Zahl der Arbeitnehmer zu der der Bauern ungefähr 1:15 ist. Das Bürgerlyum, die Hälfte der Steuern, die die Arbeiterschaft zahlt, wäre in Wirklichkeit nach den Angaben des Berichts über die Ziffern, die es aufzudringen vermag, und die Bildung von Kapital, die unentwegt weiter vor sich geht, weit leistungsfähiger, wodurch in der Tat die Arbeiterschaft die schwerste Steuerlast ist. Die Ziffern über die Produktion zeigen, daß nach dem Stand im Jahre 1921 ein allgemeines Anwachsen der Produktionsmenge in der Industrie bis auf 42 Prozent, also zwei Fünftel des Vorkriegsstandes, zu beobachten ist; einen solchen Vergleich für die Landwirtschaft anzustellen erlaubtigen Angaben des Berichts nicht. Am stärksten zurückgedrängten Produktion ist die Schwerindustrie, an der sinnlos herumkämpft wurde. Eine Tafel zum Abbau der ebenso wie anderen Ländern, hauptsächlich infolge Einschaltung unproduktiver Faktoren.

Soeben der neue Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Der Entwurf hat das Reichskabinett vorgelegt und liegt jetzt dem Reichsrat und dem Volksaufsichtsrat vor. Das Ziel ist, zwischen Fürsorge und Versicherung, das bisher Schutz gegen Arbeitslosigkeit bieten sollte, aber kaum seit längerer Zeit gewährte, fortsetzen zu lassen. Es muß Klarheit geschaffen werden zwischen Fürsorge, die nur aus öffentlichen Mitteln geleistet wird, oder Versicherung, die sich neben einem Aufschluß aus öffentlichen Mitteln auf Beiträge stützt. Mit dem vorliegenden Entwurf, der eine Unterstützung des unerledigten Gesehenswurzes für eine vorläufige Arbeitslosenversicherung aus dem Jahre 1922 darstellt, ist der Weg zur eigentlichen Arbeitslosenversicherung beschritten worden.

Der Entwurf gliedert sich in zehn Abschnitte, die die Organisation der Versicherung, die Versicherungspflicht, Versicherungsleistung (Arbeitslosenunterstützung, Versorgung für den Krankheitsfall), Unterstützungsverfahren, Maßnahmen zur Verbesserung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, die Frage der Mittel aufbringung, besonders Versicherung für Sozialarbeiter, freiwillige Weiterversicherung und eine Reihe von Straf- und Übergangsbestimmungen behandeln.

Bei der wichtigen Frage der Versicherungspflicht haben bis her immer die Gewerkschaften verlangt, den Kreis der Versicherten so weit wie möglich zu ziehen. Die Bewegung des Arbeitersmarktes ist ein Resultat der Gesamtwirtschaft des Landes, deshalb müssen auch alle Glieder gemeinsam die Lasten zur Stützung der Opfer dieser Wirtschaft, das heißt, der Arbeitslosen, auf sich nehmen. Es geht nicht an, daß einzelne Betriebe sich dieser Willkür entziehen. Gedauerlicherweise bringt auch der neue Gesetzentwurf keine Einbeziehung der Landarbeiter in die Versicherungspflicht, dagegen sind die höherbezahlten Angestellten von der Versicherungspflicht, die sich an die Krankenversicherungspflicht anlehnt, ausgenommen, obwohl die Angestelltenverbände, besonders der AfA-Bund, das stets gefordert haben. Nur bei der Einbeziehung der städtischen Hausangestellten zeigt der Entwurf Entgegenkommen.

Die Leistungen der Versicherung sind wie bisher grundsätzlich Arbeitslosenunterstützung und Versorgung im Krankheitsfalle. Neu ist, daß sich die Höhe der Unterstützung nach dem Arbeitsentgelt bestimmt, während bisher hierfür eine Reihe von anderen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Alter, Wirtschaftsgebiet und vergleichend maßgebend war. Für die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung bestehen folgende Lohnklassen:

- 40 -

Im Februar wahrnehmbar wird der Betragung der Unterhalbung ein Einheitslohn zugunsten gelegt, Der Einheitslohn beträgt:

In Klasse	I	II	III	IV	V	Summe	10	ERGEB.
*	*	*	*	*	*	15	-	
*	*	*	*	*	*	25	-	
*	*	*	*	*	*	35	-	
*	*	*	*	*	*	40	-	

40

Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse ist das Arbeitseinkommen maßgebend, was er in den letzten drei Monaten seiner Arbeitnehmertätigkeit vor dem Arbeitslosen-

melbung die längste Zeit hindurch begogen hat. Gegenwärtig ist in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in jener Arbeitszeit nicht übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht vorein bestimmt und bezahlte Lohnentgelte unterworfen werden, ist dies Arbeitsentgelts aus Gründen zu legen, das er ohne Aufführung der Arbeitszeit begogen hätte. Die Sonnenunterstützung beträgt 40 S. S. des Mindestlohnvertrages der Familienzuschläge werden für jeden aufzubringenden Kind gehörigen 5 v. H. des Einheitslohnes gewährt. Einzelzuschlag der Familienzuschläge darf die Arbeitsleistungserfüllung jedoch in keinem Falle über 5 v. H. des Einheitslohnes überschreiten. Über 65 v. H. des Einheitslohnes wären also die Unterbringung für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern. Die Unterbringung wird nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Tage der Einheitslohnmeldung gewährt, doch kann, wie es bei der bisherigen Regelung auch schon üblich war, die Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden.

Außerordentlich bedeutsam ist der § 50 des Gesetzes, der folgende Fassung hat: „Wer seine Beschäftigung als Arbeitnehmer aufgegeben oder verloren hat, ist nicht arbeitslos, so lange er den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt (Eigentümer oder Pächter) oder Gewerbetreibender erwirbt, oder durch Bearbeitung vorhandenen Grundbesitzes oder Fortführung eines vorbankten Betriebes erwerben kann. Nicht arbeitslos ist auch der Ehemann oder der Stützminister einer solßen Person, der den gewöhnlichen Lebensunterhalt zu wehrtlichen Zwecken mit für zweckmäßig angesehen hat.“ Das gleiche gilt von dem § 52, der lautet: „Arbeitslos, betreut Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung einer oder überwiegend verflucht ist, erhalten während des Ausstandes oder der Aussperrung keine Überlebensunterstützung.“ Besonders groß ist es auch Arbeitslosigkeit, die mittelbar durch Aussperrung hervorgerufen sein kann. Ebenso unzureichend ist der § 55, der besonders füllt die Zeiten großer Arbeitslosigkeit von Bedeutung. Er besagt: „Hat das Reich auf Grund des § 127 dieses Gesetzes Dasein, umsonst der Arbeitslosenversicherung gegeben, so kommt die Rücksicht der Arbeitslosengleichverteilung gegenüber der Rücksicht auf solche Arbeitslosen, die sich in einer Hilfebedürftig im Sinne der Vorschriften über die öffentliche Fürsorge sind. Die Reichsregierung kann die Forderungen aufzulegen an die Bedingung knüpfen, daß der Auslandseinsatz eine Befreiung dieser Art anordnen wird. Die Befreiung ist aufzuheben, sobald keine Daseinsbedürftige mehr zurückspringt.“ Hier hat sich der Einfluß des Reichsfinanzministeriums geltend gemacht. Man formulierte auf Umwegen den Begriff der Arbeitslosigkeit, den man zunächst fallen ließ, hintenherum wieder entnahm und nimmt der Arbeitslosenversicherung gerade für die großen Krisenzeiten, in denen sie doch ihre ganze Kraft entfalten soll, ihren eigentlichen Zweck und Wert. Unbefriedigend ist schließlich auch die Art, wie die Aufbringung der Mittel gedacht ist. Sie sollen durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden; von einem Beitrag der Gemeinden oder den Staaten, wie in anderen Ländern, ist keine Rede.

Wie man sieht, hört man beim ersten Blick in dem Gesetzentwurf, der an manchen Stellen den Fortentwicklungen der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu legen, auf viele bedeutsame Punkte. Der neue Entwurf, von dem für das Leben der Arbeiterklasse gerade in den Zeiten der Not so viel abhängt, muß sehr genau durchgeprüft werden, damit bei den Beratungen im Reichstag ein wirklich brauchbares Arbeitsförderungsgesetz herauskommt.

Die Durchführung des Achtstundentages in Rumänien

Professor N. Ghieula von der Universität Cluj veröffentlichte in der Rundschau des rumänischen Sozialinstituts einen sehr eingehenden Artikel über die Durchführung des Achtfesttage in Rumänien, und die Einwirkung von Gesetzgebung und Tarifverträgen auf die Arbeitszeit. Am 21. Mai 1919 wurde vom Generalrat für Transsilvanien ein Erlass veröffentlicht, der die Arbeitszeit ausschließlich der Ruhepausen auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich festsetzte. Die Behörden haben diese Arbeitszeitvorschriften allerdings nicht sehr streng gehandhabt. Bisher wurde noch kein Arbeitgeber wegen Überschreitung bestraft. Infolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit wird der Achtfesttag und die 48-Stundenwoche in fast allen Industrie- und Handelsbetrieben von Transsilvanien durchgeführt. Diese Grundzäh ist auch in allen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträgen aufgestellt. Vielfach sind die in den Tarifverträgen festgelegten Bedingungen für die Erwerber günstiger als die Gesetzgebung. Während der Erlass für Überstunden einen Lohnzuschlag von 25 Prozent vorsieht, sehen die Tarifverträge in der Regel einen Lohnzuschlag von 50 Prozent für die ersten Überstunden und 100 Prozent für die folgenden vor. Durch diese Bestimmungen soll erreicht werden, daß die Arbeitgeber nur dann Überstundenarbeit verlangen, wenn dies unbedingt notwendig ist. Tarifverträge mit diesen Bestimmungen wurden seit 1918 abgeschlossen von den Gewerkschaften der Typographen, Holzarbeiter, Tischler, Gas-, Wasser- und Elektrizitätssarbeiter, Tapizerier, Mechaniker, Buchbinderei, Rechner und Handlungsgesellen. Zuweilen wurden solche Tarifverträge auch betriebsweise abgeschlossen.

Uchtung, Bauarbeiter

Der Streit der Fliesenarbeiter ist noch nicht beendet, da die Fließengeschäfte jedes Entgegenkommen in bezug auf neue Ver einbarungen ablehnen. In der Hauptfache ist es die Frage des Arbeitsnachweises, die zu einer Einigung nicht führte, obwohl der Arbeitsnachweis bisher tarifflich festgelegt war. Wir bitten erneut alle an den Beträgen beschäftigten Kollegen, ganz besonders schaft auf Fliesenarbeit Obacht zu geben und zu verhindern, daß irgendwelche Plattenarbeit geleistet wird.

Die arbeiterfreundlichen Blätter der Provinz werden um
Nachdruck gebeten.

Zum Streif im Strelauer Zopfseidengroßherberge.

Wirtschaft

Bedeutender Wildgau des Fleischvertriebs

Eine völlig genaue Statistik des Fleischverbrauchs in Preußen läßt sich leider nicht feststellen, da einwandfreie Zählungen nur dort vorgenommen werden könnten, wo Schlachtungszwang besteht. Das Statistische Landesaamt schreibt dazu: „Für das platten Land, wo die meisten vielfachstenden Haushaltungen sind und die meisten Hausschlachtungen stattfinden, liegt ein zuverlässiges Ergebnis nicht vor, da die Landbevölkerung, die diese bedeiglichen Fragen nicht genügend beachtet hat und die Fleischhalter sich vielfach von der völlig unzutreffenden Annahme leiten ließen, daß die Zählergebnisse für Steuerzwecke verwendet werden sollten.“

für 286 preußische Gemeinden mit je über 10 000 Einwohnern liegt aber ein ziemlich genaues Ergebnis vor, das einen ganz erheblichen Rückgang des Fleischverbrauchs feststellt. Demnach wurden geschlachtet 1924: (In Klammern sind die entsprechenden Zahlen des Jahres 1913 beigefügt): 298 000 Küslen und Ochsen (405 000), 896 000 Rühe (519 000), 214 0000 Jungrinder (180 000), 1 208 000 Röder (1 194 000), 3 724 000 Schweine (5 920 000), 872 000 Schafe (1 032 000) und 59 000 Ziegen (44 000). Es sind demnach nur Jungrinder und Röder nicht geschlachtet worden als 1913. Alle übrigen Schlachttiere haben eine gravierende Verminderung erfahren. Es warth auch ferner im Durchschnitt 1924: (Auch hier sind die entsprechenden Zahlen von 1913 in Klammern beigefügt) Ochsen und Küslen 209,5 Kilo (296,8 Kilo), Rühe 219 Kilo (225 Kilo), Jungrinder 151 Kilo (169,3 Kilo), Röder 39,3 Kilo (80,6 Kilo), Schweine 86,5 Kilo (89,4 Kilo), Schafe 22 Kilo (23 Kilo), Ziegen 16 Kilo (16,5 Kilo). Unter Zugrundelegung dieser Gewichte ergibt sich eine Fleisch- und Fettmenge in den 286 Gemeinden von 595 Millionen Kilo im Jahre 1924 gegenüber einer Menge von 868 Millionen Kilo im Jahre 1913. Die Fleischmenge dieser Gemeinden betrug 1924 rund 18 Millionen, 1913 aber nur 17 Millionen. Demnach kommt auf den Kopf der Bevölkerung ein Schafskörpergewicht von 7 Kilo, einschließlich Rett. Wurst und Knödel von 32,9 Kilo im Jahre 1924 gegen 50,8 Kilo im Jahre 1913. Nun ist allerdings die Einsparung ausländischen Fleisches im Jahre 1924 gegenüber dem Jahre 1913 gefallen. Sie betrug auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet im Jahre 1924 5,7 Kilo, im Jahre 1913 aber nur 4,5 Kilo. Das ergibt zusammen einen Schafskörpergewicht von 7 Kilo, einschließlich Rett. Wurst und Knödel von 36,6 Kilo im Jahre 1924 gegenüber einem Schafskörpergewicht von 54,3 Kilo im Jahre 1913. Das bedeutet eine Verringerung des Fleischverbrauchs um 37 Prozent, aber eine Verminderung des Fleischverbrauchs um 31 Prozent.

Paris, 16. September. (Mittwoch, 11. September). Es ist
mittlerweile fast ein Jahr her, dass ich Ihnen meine
Meinung über die Entwicklung der Dinge in Frankreich und
die Zukunft Frankreichs gesagt habe. Ich kann Ihnen nun
wieder auf diese Entwicklung hinzuwirken, ohne mich zu sehr von
meiner Meinung abseilen zu müssen. Die Sache hat sich in
der letzten Zeit in unvorhergesehener Weise verändert.

Der ehemalige Kronprinz,

der noch vor wenigen Jahren züchtende Briefe an seine Eltern mehr oder minder nahestehenden Bekannten schrieb, man möchte ihm den Aufenthalt in der Heimat als schlichter deutscher Bürger gestatten, wird im Augenblick zum Gegenstand eines unerhörten nationalsozialistischen Rumms in Ostpreußen mißbraucht.

Man schickt den reizlustigen Schlossherren aus Oels von Schlachtfeld zu Schlachtfeld, von Schloß zu Schloß, begrüßt ihn mit dem „Heiterverein“ und dem „Kriegerbund“ und mit Girlanden „Hohenzollern“, hält dem vergnügungslustigen Herrn „Vorträge über die Schlacht von Tannenberg“, den Einfall des Feindes über das Korpstheiderburg über Hohenstein, die Wilhelm junior zweitlos fürchterlich langweilen und zwängt ihn, überall, wo er geht und steht, einen Kranz niedezulegen. Offenbar reist er mit einem solchen Kronmagazin. Um den antirepublikanischen Charakter dieser Kundgebungen aber noch besonders zu unterstreichen, melben die servilen ostpreußischen Kronprinzipiaten, daß der Kronprinz mit seiner Gemahlin und den Prinzen Wilhelm und Louis Ferdinand heute beim Grafen Dohna-Hinterstein und morgen beim Kammerherrn von Oldenburg auf Jatzkau zu Gott ist.

Im übrigen stellt sich jetzt heraus, daß die Reklame, die für die Reise des früheren Kronprinzen gemacht wird, von ihm selber ausgeht. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat sich über die Publikationen anlässlich dieser „privaten“ Reise eine Polemik zwischen dem volksparlamentlichen und deutsch-nationalen Blatt in Königsberg entponnen. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ brachte nämlich besonders ausführliche Mitteilungen über das Programm des kronprinzipialen Besuches. Wüßtend vor Konkurrenz warf ihr die deutsch-nationale „Ostpreußische Zeitung“ vor, daß ihre Konkurrentin aus diesem Besuch eine Sensation mache, eine Tats- und Geschäftsfrau, deren Beurteilung wir unseren Lesern überlassen. Darauf rechtfertigte sich das volksparlamentliche Blatt mit folgender Feststellung:

„Am Freitag, 4. September, abends 7 Uhr, ging uns aus der nächsten Umgangung des Kronprinzen eine Information zu mit der Anhebung, der Königsberger Bevölkerung das Programm des Aufenthalts des kronprinzipialen Familien zur Kenntnis zu bringen — eine Meldung, die natürlich sofort von besonderer Bedeutung war, weil sie zum ersten Male feststellte, daß der Kronprinz Königsberg besuchen würde, und weil sie die Verteilung für seinen heimischen Aufenthalt entstieß.“

Allz nicht Tats- und Geschäftsfrau, sondern Erfüllung eines Wunsches, der von dem „privaten“ Leibendern selbst ausgingen. Der ehemalige Kronprinz hat sich bei seiner Rückkehr nach Deutschland verpflichtet, jede politische Propaganda zu unterlassen. Hier ist der klare Beweis erbracht, daß er dieses Versprechen nicht eingehalten. Die Zahl der gebrochenen Hohenzollernversprechen ist also wieder mal um eins vermehrt worden. In Seliens hat er sich so etwas doch nicht leisten können!

Der 6. Deutsche Richtertag

in Augsburg hörte nach einer ruhigen Einleitung durch einen Vortrag des volksparlamentlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Bündelich immer mehr ins deutsch-national-polnische Fahrwasser abzugleiten. Endlich ließ die Leitung der Tagung nicht zum Abschluß des „Augsburger“ Korrespondenten alle Blätter, nach dem „wohltemperierten“ Vortrag und einer wohltemperierten Diskussion eine wohltemperierte Resolution beschließen zu lassen, kam es zum Kreis.

Der Spekulationsmacher aber war kein Deutschnationaler mit langjähriger nationalsozialistisch-polnischer Tradition, sondern ausgereifter Herr Müller-Meinigen, der alte liberale Räte und eintige Führer der bayrischen Demokraten, der neuerdings im Vorzeigeladen der deutschen Ritterlichkeit freudeschallend verkündigt der Sonderkorrespondent des „Volksbeobachters“ darüber seinem Blatt:

„Mit Deutschnationaler Entrüstung geißelte dieses alte aber immer noch jugendliche Kampf die elende Propaganda, die von der politischen Opposition gegen die unabhängige deutsche Reichsregierung (1) getrieben wird. So es doch einmal ganz offen ausgeprochen werden mögen: zunächst müsse das Offizierskorps vernichtet werden; dann werde der Richterstand nachfolgen. Die Herren vom Republikanischen Richterstand — Dr. Müller-Meinigen war der einzige Rechner, der dieses Kind endlich beim richtigen Namen nannte — trieben die Geschäfte ganz anderer Leute. Man sollte nur an die Arbeit der Untersuchungsausschüsse denken, die uns entgegen dem Sinn der Weimarer Verfassung mit einer parlamentarischen Kabinettssitzung begüßt haben (2).“

Müller-Meinigen, der Hindenburgkämpfer und Stützleitsapitel gegen die „Rege zur Kraft und Schönheit“, der Antikriegsgründler und Antikommissär — avanciert nun mehr zum Protektor des neu-deutschen Justiz! Ermer deutlicher Richtspunkt!

Am Dienstag jedoch zunächst Oberlandesgerichtsrat Universitätsprofessor Dr. Sildertonmidt-Wünken über den letzten Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz. Die Einübung des Gerichtsverfahrens bei einer Selbstverständlichkeit. Schon praktisch bei der Möglichkeit, die Offenheit wegen Gesetzesänderung der Geschäftsfrauen. Grundrechtsbeschwerden sind, ausgeschlossen. Siebzehn Befürworter ein relativistisches Wahlmaßnahmen. Die Meinung gegen Urteil der ersten Sitzung sollte gewonnen werden, wenn die Preisgestaltung eine bestimmte Höhe erreicht oder wenn das Schiedsgericht die Setzungsmöglichkeit zur Entscheidung präziser Fragen für notwendig hält. Neue Tatsachen sollen jedoch unter Berücksichtigung der damals vorgebrachten werden dürfen, wenn sie neu entstehen oder von bestem Gewicht wären. Der Einspruch wurde „teilweise“ gestillt, indem er den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Preisgestaltung gebe, auch wenn es sonst nicht juristische Bedenken habe, aber dies aus Gründen (Sparmaßnahmen) nicht sein soll. Das Berichterstattung der Arbeitnehmer geblieben sei zu gestalten, während der staatliche Zustand. Wederfalls müßten die Gehaltssteuer so niedrig als möglich bemessen werden. Das des Beihilfengesetzesverordnung des Staatsgerichts (Schaffungsertrag) übernehmen werden soll, bei zu billigen. Die Ausführung der Rechtsnormen kann nur die erste Sitzung, für die die Untersuchung erledigt ist, in Folge eines höheren Etateneinsatzes oder bei besonderer Einführung der Haushalte finanziert werden. Der Richterstand nimmt den Reiter zu.

Abgelehnt jedoch Oberstaatsanwalt Dr. Eberle-Steinig über den Entwurf zum neuen Reichsgerichtsgesetz.

Der „Neue Reichsgericht“ läuft am 15. und 16. September unter hoher Teilnahme in Freiburg und mehrjähriger Besuch einer Hauptversammlung ab. Es waren Rechtsritter der nationalsozialistischen Zeitungen der Partei und der Arbeitsteilnahme angetreten. Der Kommandeur, General Erwin Berlin, kommt in seinem Sitzungssaal von der Reichsgerichtsstraße vor der Eröffnung der rechtlichen Partie nicht hinaus mehr. Durch die Errichtung einer Unternehmensorganisation für die in der Rechtsprechung aktiven Rechtsritter kann Partei und Geschäftsfrauen sowie der Verein „Rechtsritter“ auf die Betreuung der Rechtsritter Zeitungen der als Angehörige in den Rechtsprechungsbehörden eingesetzten Rechtsritter konzentrieren. Der Verein ist keine Geschäftsfrau, er ist keine Rechtsritter, wie die Aufstellung von Rechtsrittern für Rechtsritter und Rechtsritter für Geschäftsfrauen.

Wart für das bürgerliche Zeitungsgewerbe, eine besondere Pensionskasse für Redakteure ins Leben zu rufen, erklärte die Hauptversammlung. Zweifellos würde die geplante Sicherung einen wesentlichen Fortschritt für die Mehrzahl der bürgerlichen Journalisten bringen; für die Redaktionsmitglieder der sozialdemokratischen Presse bedeutet sie jedoch, auch wenn man von anderen Bedenken absetzt, keinen Fortschritt, sondern gegenüber der Unterhaltungspereitung einen wesentlichen Rückgang. Der Verein „Arbeiterpreise“ kann deshalb nicht zusammen, daß die Pensionsversicherung der Arbeitsgemeinschaft als allgemeine verbindliche erklärkt wird, ohne daß die Mitgliedschaft in der Unterhaltungspereitung als Voraussetzung vorausgesetzt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, diese An-

joh die Rohrleitung vom Kreiskrankenhaus nach Oberndorf verlängert werden. Die Arbeiten werden als bald in Höhe von 100000 Mark wurden bewilligt.

Waldburg. Bau eines neuen Hochbehälters. Nachdem die Wasserwerksanlagen eine bedeutende Erweiterung erfahren haben, müssen auch die einzelnen Hochbehälter vergrößert werden. Der Hochbehälter in Hermsdorf entspricht längst nicht mehr den heutigen Bedürfnissen; er füllt nur 1600 Kubikmeter Nutzraum, obwohl er gebraucht wird. Die Stadtverwaltung hat deshalb geschlossen, ein 12.000 Quadratmeter großes Gelände anzulegen und mit dem Bau eines neuen Hochbehälters bald zu beginnen.

Kaiserswalde. Durch Betriebs einschränkung liegen die Biegungen Glasbüttel und Schleiferrei arbeitet weniger, manche nur an fünf Tagen. Hoffentlich ist die Beteiligung nur vorübergehend, da die Bevölkerung des Erligshäuser Winter bestehen würde.

Großwaltersdorf. Um seinen geplanten geistigen gesammeln ist ein bei den Neufüllungsarbeiten der Wasserstraße tätiger Arbeiter. Er kam vor der in Feuer befindlichen Dampfschleife zu Fall, und es wurde ihm ein Arm von der Brust zerquetscht. Nur durch das rasche Zugreifen der Arbeitskollegen wurde ein noch größeres Unglück vermieden.

Rengsdorf. Von einem schweren Verlust ist betroffen, während er im Krankenhaus Schleife verbrannte. Seine Großmutter, eine schon hochbetagte Mutter, die sich allein in dem Hause befand, konnte nur mit vieler Mühe aus den Flammen entfliehen werden.

Großwaltersdorf. Durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter findet anlässlich des Bezirksparteitages am Sonnabend den 26. September, nachmittags 2 Uhr, im Gewerbehause in Breslau statt.

Tagesordnung: 1. Die Politik im Reich und Preußen. Redner: Genossen Abgeordneter Stowig-Klettendorf. 2. Auftretenszeit der Kandidaten für die Kreistage. 3. Verschließung. Die Abstimmung der sehr wichtigen Tagesordnung ist bestimmt. Es ist eine Sitzung der erweiterten Parteivorstände.

Die Ortsgruppen, die die Namen der Kandidaten für die Kreistagswahl aus beiden Kreisen uns noch nicht mitgeteilt haben, werden gebeten, es ebenfalls nachzuholen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau-Laus-Neumarkt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Am Freitag, den 18. September, abends 6 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerbehauses zu Breslau: Sitzung des erweiterten Parteivorstandes.

Tagesordnung: 1. Die Politik im Reich und Preußen. Redner: Genossen Abgeordneter Stowig-Klettendorf. 2. Auftretenszeit der Kandidaten für die Kreistage. 3. Verschließung.

Die Abstimmung der sehr wichtigen Tagesordnung ist bestimmt. Es ist eine Sitzung der erweiterten Parteivorstände.

Die Ortsgruppen, die die Namen der Kandidaten für die Kreistagswahl aus beiden Kreisen uns noch nicht mitgeteilt haben, werden gebeten, es ebenfalls nachzuholen.

3. Auftakt Kleiner.

Karlstein. Zusatz-Partei. Am 12. September stattfindender Mitgliederversammlung sprach Genossen Kleine-Groß-Möhring über die bevorstehenden Provinzial- und Kreistagswahlen. Er führte in seinem Vortrag aus, wie wichtig es ist, dort seinen Einfluß zu verstetigen; denn gerade im Provinziallandtag werden Soden erledigt, die für die ältere Bevölkerung von Wichtigkeit sind. Er kündigte, wie Landtagswahlen und Wahlverordnung vor dem Kriege waren, wie sie jetzt ausgedaut sind, und wie weitere Verbesserungen bei wachsendem Einfluß gemacht werden können. Zum Schluß appellierte er an die Genossinnen und Genossen, die mündliche Agitation schon jetzt zu beginnen. Als Kreistagsabgeordneter wurden die Genossen Reinhold Küllenhagen in Breslau gewählt.

Bei Behandlung der Beitragsfrage wurde der Wunsch laut, daß falls keine Erhöhung mehr für die Ortsgruppe genehmigt werden, von der Bezirksfeste ein Prozentatz für die hier gebrauchten Gelder zur Verfügung gestellt wird. Unter Verständnis wurde darüber Rücksicht gesetzt, daß bei unserer Wohnungsnahme so wenig Karlsruher Erwerbslose befähigt werden, während andere Gemeinden in solchen Fällen zuerst ihre Erwerbslosen kennzeichnen. Auch Ausbildung und Verbesserung der Arbeiter haben Unzufriedenheit geweckt. Hätte die ältere Bevölkerung von Karlstein bei den letzten Gemeindewahlen besser gewählt, dann würde ja etwas nicht vorkommen.

Zum Schluß wurde über unser Wiederwahlrecht gestritten, das am 19. September bei Kaiser in Gießen stattfindet. Wir würden uns freuen, Genossinnen und Genossen aus anderen Ortsgruppen begrüßen zu können. Karlstein-Schöthitz. Reichsbanner. Die fällige Monatsversammlung findet am Freitag, d. 18. September, abends 7½ Uhr, bei Krause in Karlstein statt. Gruppenführer treten sich bereits um 7 Uhr. Das Erstehen aller Kameraden ist Pflicht.

Recknitz. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Zeitz. Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen. Da die Abreise der am Sonntag nachmittags stattfindenden Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei findet die Mitglieder der Rüttelverband am Freitagvormittag vormittags 9½ Uhr im Saale „Zum Gelben Löwen“ statt. Wir bitten Partei- und Gewerkschaften, das Alter hierzu in Kenntnis zu setzen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Zeitz. Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen. Da die Abreise der am Sonntag nachmittags stattfindenden Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei findet die Mitglieder der Rüttelverband am Freitagvormittag vormittags 9½ Uhr im Saale „Zum Gelben Löwen“ statt. Wir bitten Partei- und Gewerkschaften, das Alter hierzu in Kenntnis zu setzen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher, seiner des Parteiausschusses erfolgt, muß jedes Mitglied anporieren, mit seinen Angehörigen zu erscheinen. Zum Schluß dankt die jüngere Genossenschaft, daß es gelungen, Freunde und Gäste einzuladen. Vierzigtausend sind mitzubringen.

Reichenbach. Ein Partei-Familienabend findet am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal „Zum Gelben Löwen“ statt. Die Rüttelteilung, das der Bericht der Kreisvorsteher

Die Bahn auf die Zugspitze.

Von Karl Goettsch, Innsbruck.

Man ist nicht ungestrahlt der höchste Berg Deutschlands. Und muss es höchst beschworen lassen, doch lehrte, jahrelang eine einsiedlerische Einsiedlerin mit dem Gedanken leicht Augen, einen auf den Gipfel zu steigen. Bei vielen bleibt freilich aus beim Wollen, weil am Rennen mangelt. Dem Gedanken sollen nun ein paar spekulativer Hoffnung und einige Berliner Kapitalisten abholen. Mit Hilfe der Zugspitz-Bahn schreiten sie, die in kurzer Zeit betriebsfähig sein wird und dann selbst den gewichtigsten und bergfreudigsten Herrschäften Gelegenheit gibt, den Ausbau und Ausbaupunktbereichsmeisterbergen hinzu zu schaffen und dem sonst reichlich unzugänglichen Karwendel triumphiert den Zug ins Genuß zu legen. Nun es also ernst wird mit der Zugspitzbahn, wollte ich mir die Sache in der Nähe betrachten und habe kurz entschlossen gen Thronwald ins tieflochige Gebiet. Die Bahn auf den höchsten Berg Deutschlands läuft natürlich auf Tiroler Gebiet, während sie zeigt hat, daß der Bau der Bahn von Thronwald bedeutend weniger kostet, als wenn man, einem anderen Projekt folgend, von der östlichen Seite aus dem Berg auf den Gipfel gerichtet wäre.

Auso um 8 Uhr morgens mit dem Auto von Innsbruck weg durch Oberinntal nach Telfs! Dann krabbelt der Wagen aufs Klemmer-Plateau hinauf. Diese hofläche erstrahlt in einer schönen Aussicht. Diesmal freilich nicht. Die Klemmer Berge säumen hier bis zum Gipfel hinunter in unerreichbar dichte Revierlinien gehüllt. Der Himmel bemühte sich über heftig, blau zu werden. Und er wurde es auch schließlich. Lief energisch die Revierlinien auseinander, zerteilte sie in effektuelle Wollentallen und zarte Revierlinien, die sich den Bergen um die Schulter zu legen hatten.

Sein Holzleitensattel läuft das Auto wachsam über eine Höhe. Selbergrüne Wiesen, Alphütten, Vieh, Lärchenglocken. In einem Talstiel liegt das kleine Dorf Rassereith. Wir sind schon durch und dann hinaus zum Fernpass.

Die Strecke, dieser vom jammenden Auto des Sauerborn und der Ederer gefüllt, bohrte sich jetzt durch Rodelholzwälder, Berge, Täler, Schneiden, Rinnen über das ganze wie sonst ungefähr eine hand voll Seen ausgetretan. Hört am 1200 Meter hohen Berg droben in einer Waldmulde der Bernsteintee. Reicht gekröpft und malachitgrün. Im Wasser spiegelt sich die Mauern der ehemaligen Siegmundsburg; ein verbliebener Winkel, in dem sich mit Vorliebe mittelalterliche Burghöfe nach den entzückenden Regierungsarbeiten ausleben. Auf Kosten der Untertanen natürlich! Heberhaupt für den Platz hatten die „allerhöchsten Herrschäften“ ein besonderes Haube. Vom König, der wahnsinnige Kaiser, somit manchmal auf den Fernpass, um dann in schweigender Mitternacht im Brunnenschlitten — jagende Reiter mit Fackeln voraus und hinterher — nach Neujapanstein zu fahren. Das feint ja das Bild.

Knapp an der Straße steht an der Felswand die alte Burg Fernstein. Daneben ein neueres Schloss. Es das verbliebene Sich, wenn auch noch ein Wirkungslosigkeit? Dann kommt die Zugspitze. Und du redt ja schon das Wetterkreisgebiet in den selbenblauen Himmel. Mittelpunkt: Das Zugspitzgebiet, das breit und schwer, dabei doch elegant, in das Blau hineinschaut. Im hellgrauen Hals hellgrau leuchtender Schnee. Ein Berg, den man lieben muß. Trog seiner Türen den sonnigen Wänden und der zoddringenden rothen Witterungswolken.

Eine grüne Stufe liegt unten, das Zugspitzbahn kommende Bahn die Zugspitzbahn nach Deutschland bringen wird.

Beim Zugspitzbahn Thronwald in Obermoos, braugen mitten zwischen Wiesen und Buchenwald, dampft es von heißer Arbeit. Die Talfstation der Zugspitzbahn ist im Rohbau bereits fertig. Gegenwärtig ist man daran, die beiden Riegelstrahlseile, Seile und Renn des Gelenks, die steilen Felsabfälle bis auf eine Höhe von 2805 Meter hinaufzurichten. Winden ziehen die biegsamen und doch so festen Erzgängen langsam empor. Diese Arbeit ist kein Spaß. Wagt doch jedes der beiden Seile, die zusammen zwei Milliarden österreichische Kronen kosten, 1000 40 Tonnen. Die Seile — eines trägt die Aluminium-Waggons, ist also sozusagen Schiene, während das andere den Wagen zieht — und jedes 3½ Kilometer lang mit aus einem Stück gesetzten.

Sieben Eisenbahnwagen werden auf der Strecke, die einen Höhenunterschied von fast 600 Meter überwindet, Seile und Wagen tragen. Die größte Seilspannweite ist 1800 Meter. Stellenservice schwört der Wagen 120 Meter über dem Hessengrund. Die Halle der Talfstation gleicht einem engbaugigen Hangar; die Bergstation steht hoch oben in den Feis Alpen. Hier wird es auch Unterflurräume für Bergbeobachter geben: etwa 70 Schlafzellen.

Blechert & Co. in Leipzig und eine Anzahl österreichischer Unternehmungen führen das schwere Werk aus. Blechert wird die Bahn noch diesen Winter fertig, vielleicht ist es auch möglich, in einigen Monaten ohne Aufzehrung schon die wunderbare Strecke von der Zugspitze herab unternehmen zu können. Allerdings aber wird man im Frühling ganz bestimmt auf die Zugspitze fahren können. Schon jetzt sind die Fahrten dauernd. Von der Bergstation ist dann noch 15 bis 20 Minuten Gehzeit auf der Gipfel. Von Oberwölz aus benötigt man den Berg in etwa fünf Stunden.

Im slawischen Süden.

Reisebericht von Hermann Wendel.

Brünn.

Die Einmündung Beirungs soll sich hier mit einer auffallenden, amerikanischen Geschwindigkeit. Soeben ist hier alles Leben durch die osmanische Herrschaft gestorben. Das Beirung, das gesamtstädtische „Gesetz“ verboten, gesetzlos wurde und zu dem Ring $6 \frac{1}{2} \times 2$, die Straßen schlagen lagen, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, denn für das große Glück galt die Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpflegten, den ihnen die in den Dörfern niedrige Lebhaftigkeit zeigte. Aber auch die Herrschaft des halb unheimlichen Balkanstaates Serbien, die der Dienerin um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts beging: Belgrad, in der nach weiteren Jahren noch ganz das Gesetz des Vergessens lag, war eine orientalische Freudenzeit, die nur das große Glück galt, das Regel, daß die zartlichen Herzen in den Städten bestens verpf